



Saar-Freund

Nachrichten
aus dem
abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet
Mitteilungsblatt des Bundes Saar-Verein.

Nummer 23
3. Jahrgang

Erscheint zunächst monatlich zweimal, am 1. und 15. Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungspreiskarte Seite 266) erbeten. In Sonderfällen erfolgt die Zusendung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein, Berlin SW. 11, Königgräber Str. 94, Fernsprech-Anschluß: Amt Lohow 3249. — Bezugspreis vierteljährlich M. 15.— ohne Bestellung usw. Preis der Einzelnummer M. 5.— einschließlich ortsüblichen Feuerungszuschlages.

Berlin
1. Dezember 1922

Der Mißbrauch Frankreichs mit der deutschen Kohle.

Von Dr. jur. et phil. Klaus Scholl (Essen).

Poincaré unterzieht das deutsche Volk und dessen Wirtschaftsleben von Zeit zu Zeit einer übelwollenden Kritik, um Deutschland vor der Welt in ein möglichst ungünstiges Licht zu setzen, den Gewaltakt von Versailles nachträglich zu rechtfertigen und die Nationen auf neue Maßnahmen von französischer Seite gegen unser Vaterland vorzubereiten. Da mögen zuständige Stellen seine falschen Annahmen, Uebertreibungen und Entstellungen auch noch so zweifelsfrei widerlegen, der französische Ministerpräsident bleibt unbelehrbar. Das ist um so übler, als Frankreich seinem Erstminister ein außerordentlich fruchtbares Feld zur Untersuchung von Mißständen verschiedener Art bietet. Wir wollen diese Versäumnisse Poincarés in etwas nachholen und in folgendem den Finger auf eine der zahlreichen von Frankreich verursachten Wunden legen, die unser Volk aufs empfindlichste berühren. Es handelt sich um den unverantwortlichen Mißbrauch Frankreichs mit der deutschen Kohle.

Als die Alliierten das Versailler Diktat verfaßten, gingen sie bei den Beratungen über die Kohlenfrage von dem Gedanken aus, daß der Kohlenverbrauch Frankreichs 1913 etwa 60 Millionen Tonnen betragen habe. Sie machten einen Ueberschlag, nach dem die Bedürfnisse Frankreichs infolge des Krieges wegen der ihm zugefallenen Hochöfen Lothringens um 15 Millionen Tonnen gestiegen seien, und suchten durch Berechnung festzustellen, daß die Zerstörung der Bergwerke des französischen Nordens einen Fehlbetrag von 25 Millionen Tonnen zur Folge haben werde. Dieser Ausfall sollte durch die Erzeugnisse der Kohlengruben des Saargebiets und durch Lieferungen aus den deutschen Bergwerken bis zu einem Höchstbetrag von 27 Millionen Tonnen im Jahre ausgeglichen werden. Mit diesen Zahlen operierten die Urheber des Versailler Vertrags, als sie das mörderische Instrument der Vergewaltigung ausheckten.

Welches ist nun die Sprache der nüchternen Wirklichkeit gegenüber diesen theoretischen Aufstellungen? Nach Ausweis der vom französischen Staat herausgegebenen Statistik belief sich i. J. 1921 der gesamte Kohlenverbrauch auf 48,6 Millionen Tonnen. Das heißt mit andern Worten, daß anstatt des angeblichen Mehrverbrauchs um 25 % gegenüber der Vorkriegszeit ein Rückgang um 20 % eingetreten ist. Gleichwohl hat Deutschland auch nach der Zerstörung Oberschlesiens an Frankreich monatlich 1,725 Million Tonnen Kohlen abzugeben. Nach dem Versailler Diktat soll, wie bemerkt, die Saarkohle dazu dienen, den Fehlbetrag der französischen Erzeugung auszugleichen. Nun belastet man, um den etwaigen Wettbewerb der Saarkohle mit der französischen von vornherein unmöglich zu machen, jene mit einer zehnprozentigen Steuer, wogegen auf die in Frank-

reich gewonnene Kohle nur eine zweiprozentige gelegt wird. Damit nicht zufrieden, hat die französische Regierung die Tarife der elsass-lothringischen Eisenbahnen derart erhöht, daß die Saarkohle um 12 bis 13 Franken pro Tonne teurer zu stehen kommt als die französische. Die Folge dieser Maßnahmen ist, daß von den 7,684 Millionen Tonnen, die im Vorjahre im Saargebiet gefördert wurden, nur 3,448 Millionen in Frankreich verbraucht wurden.

Ferner lieferte Deutschland i. J. 1921 an Frankreich 3,1 Millionen Tonnen Koks und 5,6 Millionen Kohle. In derselben Zeit führte Frankreich 2,3 Millionen Tonnen aus seinen eigenen Grenzen und 4,2 Millionen Saarkohle aus. Diese Zahlen erhellen schon lebhaft die Tatsache, daß Frankreich in Wirklichkeit die Ruhrkohle nicht braucht. Dazu kommt noch, daß die von Deutschland an Frankreich gelieferte Kohle auf das Konto der Entschädigungen zum Preis von 51,70 Franken die Tonne gutgeschrieben wird, aber das Comité des Houillères, die französische Kohlenvertriebsstelle, verkauft sie 40 bis 50 Franken teurer. Der französische Tageschriftsteller Franz Delaisi teilt im Progrès civique mit, daß Deutschland seit dem Waffenstillstand 28,75 Millionen Tonnen Kohle abgegeben habe, die zu einem Durchschnittspreis von 91,20 Franken die Tonne verkauft wurden. Der Unterschied zwischen dem gebuchten und wirklich erhaltenen Preis beträgt demnach zugunsten Deutschlands 1200 Millionen Franken.

Mit dieser Summe hätte man eine ganz bedeutende Anzahl Häuser, Straßen und Brücken wiederherstellen und eine beachtenswerte Reihe Fabriken in Betrieb setzen können. Wozu verwendet nun die französische Regierung dies Geld? Ein Teil dieser Summen dient zur Unterstützung der Großindustrie, dieser Gruppe von Kapitalisten, nach deren Pfeife die französische Regierung tanzt; ein anderer Teil fließt der einflussreichen Presse zu und den nicht unbedeutenden Rest werden die Taschen zahlreicher Parlamentsvertreter absorbieren, die bei jeder nur möglichen Veranlassung der Unantastbarkeit des Versailler Vertrags und der Dringlichkeit der deutschen Reparationsleistungen ihre rednerischen Ergüsse widmen. Die Geschäfte, die Frankreich mit der deutschen Kohle macht, sind derart ergiebig, daß Frankreich sich den Luxus gestatten zu können glaubt, den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete auf die lange Bank zu schieben und die Förderung in verschiedenen Stollen der unversehrten Bergwerke vorübergehend ruhen zu lassen.

Inzwischen wird die Erzeugung wirtschaftlicher Güter in Deutschland aus Mangel an Brennmaterial gefährdet,

und um den Eisenbahnbetrieb aufrecht erhalten zu können, muß die Regierung englische Kohle einführen. Wie dieser Umstand das an sich schon so schwer belastete deutsche Wirtschaftsleben weiter niederdrückt, mögen die Zahlen über die Einfuhr englischer Kohle vom September dieses Jahres

illustrieren. Im genannten Monat ließ unsere Regierung 1660 550 Tonnen Kohlen aus England einführen und mußte für sie einschließlich der Fracht auf englischen Schiffen 8749 Millionen Papiermark bezahlen, das Pfund Sterling zu 6500 Mark gerechnet.

Die Währungsfrage im Saargebiet.

Von Flügelrad.

Am 12. und 13. November fand in Saarbrücken ein Kongreß der freien Gewerkschaften statt, der zu der Währungsfrage sowie zu den steuer- und arbeitsrechtlichen Verhältnissen im Saargebiet Stellung nahm. Sämtliche freigewerkschaftlichen Organisationen hatten zu dem Kongreß ihre Vertreter entsandt. Das Hauptinteresse konzentrierte sich selbstverständlich auf die Währungsfrage. Zu diesem Punkt legte der Referent, Gewerkschaftssekretär Rimmrich, folgende Entschliebung vor, die einstimmige Annahme fand:

Der Gewerkschaftskongreß, der sich aus Delegierten aller freien Gewerkschaften im Saargebiet zusammensetzt, betrachtet die Gestaltung der Währung im Saargebiet als eine für die gesamte Saarbevölkerung äußerst wichtige wirtschaftliche Frage.

Die Doppelwährung, deren gegenwärtige Auswüchse und zukünftige Folgen die Regierungskommission zu verantworten hat, wirkt sich infolge der ununterbrochenen großen Kursschwankungen in einer dauernden wahnsinnigen Verteuerung aller Gebrauchsgegenstände, in einer Bereicherung profitwütiger Unternehmer und Spekulanten und in einer sicheren Verelendung großer, auf Marktlöhne, -renten und -pensionen angewiesener Bevölkerungskreise aus.

Die Untätigkeit der Regierungskommission in der Herstellung einer einheitlichen Währung wird auf das entschiedenste verurteilt. Durch dieses Verhalten ist das Wirtschaftsleben im Saargebiet ständig von schweren Kämpfen und Erschütterungen bedroht, und die Gefahr offener Unruhen mit ihren bekannten Folgen wird stündlich heraufbeschworen. Bittere Entbehrungen auf der einen und prozenhaftes Wohlleben, Spekulanten- und Schiebertum auf der anderen Seite demoralisieren den Volkscharakter.

Die Beschaffung lebenswichtiger Waren ist heute selbst durch zeitraubende und mit Unkosten verknüpfte Bemühungen, infolge der fast vollständigen Stodung des Wechselgeschäfts, kaum noch möglich.

Der Kongreß fordert deshalb von der Regierungskommission eine sofortige gesetzliche Regelung der Währungsfrage durch die Einführung der allgemeinen Frankenvährung.

Industrie und Unternehmertum sind in der Lage, die letzten umstellenden Maßnahmen in kurzer Zeit vorzunehmen. Ein etwaiges nur durch Profitgier diktiertes und gegen die Frankenvährung gerichtetes Verhalten des Unternehmertums darf für eine die Interessen der Allgemeinheit wahrnehmende Regierung in Anbetracht des heutigen unnatürlichen und unhaltbaren Zustandes kein Hinderungsgrund sein.

Eine weitere Verschleppungstaktik muß von der Arbeitnehmerschaft nach Lage der Verhältnisse als direkte Mißachtung ihrer Interessen und als offene Herausforderung betrachtet werden. In diesem Falle hätten die Regierung und das Unternehmertum die alleinige Verantwortung für die Empörung der Arbeitermassen und deren unausbleibliche Folgen zu tragen.

Der Kongreß beauftragt den Vorstand des Ortsausschusses des ADGB. Saarbrücken, zwecks Herstellung einer einheitlichen Währung der Regierungskommission sofort die Forderung auf Einführung der allgemeinen Frankenvährung zu unterbreiten.

Die Gewerkschaften werden aufgefordert, ihrerseits sofort an das Unternehmertum mit der Forderung auf Einführung der Frankentlohnung heranzutreten.

Sämtliche etwa erforderlichen Aktionen zur Durchführung dieser Forderung sind möglichst einheitlich zu gestalten.

Die Vertreter der in Franken entlohnten Arbeitnehmer erklären sich mit den um die einheitliche Währung kämpfenden Berufsgruppen in jeder Weise solidarisch.

Diese Entschliebung will, daß dem heutigen Zustand der Doppelwährung ein Ende bereitet wird.

Wenn diese Aktion der freien Gewerkschaften — die christlichen Gewerkschaften vertreten denselben Standpunkt — im deutschen Vaterland hier und da befremdend wirken sollte, so wäre das zunächst durchaus verständlich; bei etwas genauer Betrachtung der Dinge aber dürfte dieses Vorgehen auch von dem warmherzigen Verteidiger deutscher Interessen als die

einzig mögliche Lösung der verworrenen Währungsverhältnisse an der Saar erscheinen.

Wie liegen die Dinge? Die Regierungskommission fühlt sich als ausschließlicher Sachwalter französischer Interessen an der Saar. Sie nützt den § 32, Kapitel 2 der Anlage zum Friedensvertrage, in ihrem Sinne aus. Dieser lautet:

„Der Umlauf französischen Geldes im Saarbeckengebiet darf in keiner Weise verboten oder eingeschränkt werden. Der französische Staat hat das Recht, für alle seine Käufe oder Zahlungen und in allen seinen Verträgen bezüglich der Ausbeutung der Gruben oder ihrer Nebenanlagen sich französischen Geldes zu bedienen.“

Mit diesen verhänglichen Bestimmungen wurde der Keim für die Frankwährung in das saarländische Wirtschaftsleben verpflanzt.

Die 72 000 Bergarbeiter und Beamten wurden im Jahre 1920 vor die Alternative gestellt, mit erbärmlichen Marktlöhnen zu vegetieren und dabei bittere Kämpfe zu führen oder mühe-los glänzende Franklöhne anzunehmen. Die Bergarbeiterorganisationen verweisen auf das gewerkschaftliche Prinzip des wirtschaftlichen Vorteils, dem sie nur Rechnung getragen hätten.

Die Entlohnung einer solch großen Arbeitnehmergruppe in Franken war der Anfang vom Ende der Marktwährung an der Saar.

Im Frühjahr 1921 wurde seitens der Regierungskommission in den öffentlichen Verkehrsbetrieben auf keineswegs mit Mehrheit gefaßter Beschlüsse dieser Arbeitnehmergruppen hin ebenfalls Frankentlohnung und -währung eingeführt. Durch diese Maßnahme, gegen die bekanntlich die deutsche Regierung vergebens beim Völkerbundsrat protestierte, wurde der Frank als Währung neben die Mark gestellt. Bald darauf forderten auch die ca. 30 000 Hüttenarbeiter und -angestellten den Frank als Lohn, weil die Einnahmen der Werke, in die inzwischen das französische Kapital seinen Einzug gehalten hatte, zum größten Teil oder ausschließlich französische oder sonstige hochwertigere Devisen vereinnahmten. Die Zahl der Franklohn- und Frankgehaltsempfänger war damit auf $\frac{2}{3}$ aller Lohn- und Gehaltsempfänger im Saargebiet emporgeschossen. Nach Eroberung dieser Position stieß die Regierungskommission auf die Kommunalbetriebe vor. Diesen wurde im Oktober 1921 durch Verfügung unterlag, irgendwelche Lohn- und Gehaltserhöhungen in Mark vorzunehmen, wenn nicht zuvor die Deckungsfrage, ohne neue Belastung der Steuerzahler und ohne Vergrößerung des Anleihekaptals, gelöst würde. Hierzu war natürlich in Anbetracht der durch den Krieg verursachten Lasten kaum eine einzige Kommunalverwaltung in der Lage. Viele beugten sich der Zwangslage, um ihre Angestellten, denen wie gesagt keinerlei Zuwendungen in Mark gemacht werden durften, vor der Verelendung zu bewahren. Unter der Wirkung der erhöhten Kaufkraft der Frankempfänger waren nämlich die Preise für die Lebenshaltung erheblich in die Höhe geschossen. Während beispielsweise die Uberteurung in Saarbrücken gegenüber der im Reich im Juni 1920 nur 1 Prozent betrug, belief sie sich im August schon auf 26 Prozent und im Dezember auf 27 Prozent. Vom November 1921 bis heute betrug diese Uberteurung bereits in jedem Monat 40 bis 50 Prozent. Nur die Stadt Saarbrücken stemmte sich geschlossen einer Frankentlohnung entgegen, so daß, da die Angestellten weder Markterhöhungen noch Frankbezüge bekamen, im November 1921 ein scharfer Streik entporflamte. Die Stadt Saarbrücken brachte es schließlich fertig, Mittel für Lohnerhöhungen in Mark trotz alledem zu beschaffen und — da er nur um die wirtschaftliche Existenz geführt wurde — konnte der Kampf bald darauf zur Zufriedenheit der Beteiligten beigelegt werden.

Die Dinge nahmen nun langsam aber stetig ihren weiteren, für die Markwährung unheilvollen Lauf. In vielen Betrieben machten sich die kolossalen Frankausgaben für Betriebszwecke (Kohlen, Licht, Mehl, Frachten usw.) immer unerträglicher bemerkbar. Die Unternehmer versuchten zwar durch hohe Risikozuschläge sich den fortwährenden Kursstürzen der Mark anzupassen, die enormen Marktpreise wirkten jedoch lähmend auf den Geschäftsgang der Betriebe. Es begannen die Landwirte für ihre Erzeugnisse (Milch usw.) Frankpreise zu fordern, andere Unternehmer folgten bald. Sämtliche Straßenbahnen im Saargebiet

haben beispielsweise heute schon Fahrpreise in Frankwährung, mit Ausnahme der Saarbrücker Bahn. Aber auch diese dürfte sich mit den Marktfahrpreisen kaum länger halten können, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil sie ihre riesigen Frankausgaben für Strom und Kohlen mit Marktfahrpreisen nicht hereinbringen kann. Im Monat Oktober mußte sie schon über 30 000 Franken allein für Strom bezahlen; das waren annähernd 12 Millionen Mark! Jede Erhöhung der Fahrpreise bringt aber eine weitere Abwanderung. Wenn der niedrigste Fahrpreis 100 M. betragen wird, wird die Betriebsleitung wahrscheinlich ebenfalls ernstlich zu prüfen haben, ob sie nicht dafür lieber 20 Centimes erheben soll. Es ist psychologisch verständlich, daß die hohe Zahl die Menschen zurückschreckt. Ein Weißbrötchen kostet heute 82 M., und die Bäcker klagen über mangelnden Absatz. Wo man aber 20 Centimes erhebt, geht das Geschäft. In den Kreisen Ottweiler und St. Wendel fähten die selbständigen Schuhmacher den Beschluß, ihre Erzeugnisse nur noch gegen Franken zu verkaufen. Ebenso wird eine ganze Reihe von Kolonialwaren nur noch gegen Franken verkauft. Für den gut bezahlten Marktempfänger wäre das vielleicht dennoch erträglich; aber erstens werden diese im Verhältnis zu den Frankempfängern sowohl wie zur Leutung viel zu niedrig entlohnt und zweitens ist das Geldumweltschlaggeschäft fast vollständig ins Stocken geraten. Die Frank- und Marktempfänger stauen sich oft stundenlang an den Banken und Wechselstuben, um schließlich erst von dem Schild „für Frankentausch geschlossen“ zurückgeschickt zu werden. Die Marktempfänger müssen um die berechtigten Lohnforderungen erbitterte Kämpfe austragen, weil verschiedene Unternehmer scheinbar aus dem Währungs dualismus mit seinen ewigen Kurschwankungen und wilden Ausstufereien möglichst lange große Gewinne ziehen wollen. Vergebens wurde am 2. September d. Js. unter dem Vorsitz des Generalsekretärs der Saarbrücker Handelskammer, Dr. Schlenker, zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen eine Übereinkunft dahingehend getroffen, daß die Markbezüge den Frankbezügen möglichst angepaßt werden und bei jedem Kurssturz sofort vorübergehende Zahlungen erfolgen sollten. Diese Vereinbarung, die vielleicht für den Augenblick über die Schwierigkeiten hinweggeholfen hätte, wurde in der Folgezeit von den Arbeitgeberorganisationen nicht nur nicht gehalten, sondern auch schwer bekämpft. Bei Kursstürzen wurden in der bisherigen unzulänglichen Weise die entwerteten Markbezüge ungenügend erhöht, so daß die Kluft zwischen Mark- und Frankempfängern immer breiter und tiefer wurde. Die Marktempfänger sinken immer mehr verelendet zu Boden, während die Masse der bei jedem Kurssturz mehr profitierenden Frankempfänger auf ihrem Rücken herumtanzt. Gehälter von 500, 1000 oder mehr Franken gestatten ein prächtiges Wohlleben, während alle Marklohn-, -pension und -rentenempfänger am Hungertuch nagen müssen. Die wirtschaftliche Kluft wurde aber auch zu einer tiefen ideellen Kluft innerhalb der Bevölkerung. Wir sehen heute zwei sich feindlich einander gegenüberstehende Volksteile. Die Frage, wer an diesem Zustand Interesse haben könnte, ist leicht beantwortet. Der Grundsatz „Teile und herrsche!“ hat auch heute noch seine Anhänger. Jedenfalls kann durch diese innere Zerklüftung das Franzosentum nur gewinnen, das Deutschtum aber nur verlieren.

Die freien Gewerkschaften sind fest gewillt, alles daran zu setzen, um aus diesem wirtschaftlichen Sumpf, der den Volkscharakter vollkommen vergiftet, herauszukommen. Zur einheitlichen Marktwährung wieder zurückzukommen, ist nach Lage der Dinge zurzeit unmöglich; also kann es nur das eine geben: durch zur Frankwährung!

Unsere Brüder im deutschen Vaterlande mögen aber ohne Sorge sein. Sie mögen daran denken, daß das Geldmittel in der Tasche nichts mit dem Gefühl im Herzen gemein zu haben braucht.

Die Einführung der allgemeinen Frankwährung im Saargebiet ist für die Bevölkerung heute zu einer unabwiesbaren Notwendigkeit geworden. Alle natürlichen wirtschaftlichen Folgen haben die das Saargebiet „zu treuen Händen“ verwaltenden Handlanger der französischen Annektionspolitik einmal zu verantworten. Die Gewerkschaften, die heute gezwungen sind, die Frankwährung zu fordern, werden auch nicht verfehlen, zur gegebenen Zeit die wahren Schuldigen für alle Folgen ihrer Politik als allein Schuldige zu kennzeichnen. Die Hauptfrage ist aber, daß dann die Phalanx der Saarbevölkerung wieder eine geschlossene sein wird, und wenn dann noch unsere deutsche Republik aus den vielen äußeren und inneren Kämpfen als Sieger hervorgegangen sein wird, woran von uns hier niemand zweifelt, dann wird am Tage der Abrechnung an der Saar Deutschland der Gewinner sein.

Soweit die Zuschrift aus dem Saargebiet. Der Verfasser gibt die Gewähr dafür, daß seine Ausführungen aus ehrlicher Ueberzeugung geschrieben sind. Seine Feststellung, daß der Franken in der Tasche nicht im mindesten die ehrliche deutsche Gesinnung der Franktempfänger beeinflussen kann, deckt sich in vollem Umfange mit unserer Auffassung. Und dennoch ist bei der ganzen Frage ein Punkt, der nicht scharf genug in den Vordergrund gestellt werden kann: Der Verfasser und die Gewerkschaften, die jüngst im Saargebiet den Franken forderten, weisen durchaus mit Recht darauf hin, daß es sich hier lediglich um eine wirtschaftliche Forderung handele — sie werden aber nicht bestreiten wollen und können, daß diese wirtschaftliche Frage von der Saarregierung und von Frankreich politisch aufgefaßt und ausgewertet werden wird. Wir wiesen bereits in unserer letzten Nummer auf die Ausführungen Stephane Lauzannes im „Matin“ über den Ruf nach dem Franken im Saargebiet hin, in dem er mit der Sprache eines Siegers, der nach langem, zähem Bemühen sein Ziel erreicht hat, in nicht mehr zurückhaltender Genugtuung über die endlich eingetretene Wirkung eines systematisch durchgeführten Hungerplanes begeistert und verzückt ausruft:

„Diebe Note unserer alten guten Banque de France: hier ist deine Aufgabe. Das Bild der behelmten Frau, das du trägst, bringt zuerst in dieses jeglicher französischen Durchdringung widerstrebende Gebiete ein. Bist du ein Vorläufer? Jedenfalls ruft man dich, und du vertrittst Frankreich.“

Behalte ja deine ganze Kraft, liebe Banknote . . .“

Hand aufs Herz! Sind diese Worte diktiert von der Freude darüber, daß mit der Forderung des Franken wirtschaftliche Vorteile für die verknüpft sein könnten, die nach ihm riefen? Deshalb entsandte man von Paris ausgerechnet Herrn Lauzanne vom „Matin“, den politischen Einseitiger für Frankreichs imperialistische Ziele, ins Saargebiet, Herrn Lauzanne, dessen Artikelserie sich lediglich und nur mit der französischen Politik im Saargebiet befaßt — ausgerechnet die Frankenfrage sollte er vom wirtschaftlichen Standpunkt aus behandelt haben? Der Verfasser der obigen Ausführungen hat nur zu treffend die Entwidelung der Frankenfrage, die einzelnen Phasen der Frankenpolitik der Saarregierung gekennzeichnet, als daß man sich darüber noch im unklaren sein könnte, daß es sich hier nicht um eine wirtschaftliche, sondern um eine hochbedeutsame politische Frage handelt.

Wir wissen, welch furchtbares Elend der von der Saarregierung gewollte Währungs dualismus im Saargebiet herbeigeführt, wir kennen den verzweifeltsten Kampf, der um diese Frage geführt wurde. Wir wissen, daß die ersten Frankenverdiener nicht schuldlos an diesem Elend sind, indem sie gewisse Ungewohnheiten der „Valutastarten“ annahmen, den Valutaschwachen, d. h. den Marktempfängern, alles wegkauften und sich kaum um deren wirtschaftliche Not kümmerten. „Fordert auch den Franken!“ — das war vielfach ihr überheblicher einziger Trost. War aber dieser „gute Rat“ auch wirklich aufrichtig? Heute wird der Franken allgemein gefordert, und der Saarregierung wurde auf dem Kongress der freien Gewerkschaften des Saargebiets ein Vorwurf gemacht, daß sie die allgemeine Frankeneinführung noch nicht verfügt hat. Wir bezweifeln, daß die Saarregierung diese Forderungen jetzt erfüllen wird — ihre Zeit ist noch nicht gekommen. Man sehe sich die Ausführungen des Regierungsrats Fuhrmann nach dieser Richtung an, um zu erkennen, worauf die Saarregierung abzielt; auch die politischen Parteien sollen den Ruf nach dem Franken erheben, da die wiederholten Behauptungen der Saarregierung, hinter ihrer Auffassung und ihren Anregungen stehe die Mehrheit der Bevölkerung, während durch Proteste der die Mehrheit vertretenden politischen Parteien, das Gegenteil bewiesen wurde, beim Völkerbund in Genf recht eigenartigen Eindruck gemacht haben. Man will diesen Ruf nach dem Franken erreichen, daß man in Genf wie Herr Lauzanne ausruhen kann: Man hat ihn gerufen, den Franken!

Und dann? Hat man sich die Frage schon beantwortet, was werden wird, was kommen muß, wenn der Franken wirklich allgemein eingeführt würde? Mit der Kaufkraft des Franken wäre es mit einem Schlage vorbei — Lothringen könnte einen guten Beweis dafür liefern. Die Waren werden gleichfalls in Franken bezahlt werden müssen usw. Darüber ein andermal.

Aber die Auswirkung der Frankeneinführung bei der künftigen Gestaltung des Saargebietschicksals? Frankreich wird wie bei der Entscheidung über Oberschlesien darauf hinweisen, daß zahlreiche wirtschaftliche Zusammenhänge zwischen Saargebiet und Frankreich bestehen (u. a. die einheitliche Frankwährung), so daß die Abstimmung allein für die Bestimmung der Zukunft des Saargebiets nicht ausschlaggebend sein könne.

Deshalb bedeutet der Franken in der Tasche der Saardeutschen zwar keinen Gesinnungswechsel, wohl aber einen Wechsel der wirtschaftlichen Zusammenhänge zwischen dem Saargebiet und seinem deutschen Mutterlande!

Offener Brief an Lord Balfour.

In der „Neuen Zürcher Zeitung“ veröffentlicht der sozialdemokratische Gewerkschaftssekretär Wilh. Kimmritz einen offenen Brief an Lord Balfour, in welchem er sich mit dessen besondern Ausführungen über das Saargebiet auf der letzten Genfer Völkerbundsratsstagung auseinandersetzt. Der Brief hat folgenden Wortlaut:

„Lord Balfour! Nach Pressemeldungen haben Sie sich in der im September abgehaltenen Sitzung des Völkerbundsrates in bezug auf die derzeitigen Verhältnisse im Saargebiet veranlaßt, Ausführungen zu machen, die, falls sie richtig wiedergegeben wurden, im Saargebiet nicht stillschweigend hingenommen werden können. Sie sagten unter anderem:

„Die Hauptschwierigkeit im Saargebiet liegt an der dort entfalteten ungestümen Propaganda, damit die Abstimmung im Jahre 1935 im bestimmten Sinne ausfällt. In diesem Sinne wurde bei jedem einzelnen von uns agitiert. Es besteht augenblicklich ein Organismus zu Recht, durch den alle Beschwerden der Saarbevölkerung über ihre Behörden bis zum Völkerbundsrat dringen und von diesem besprochen werden können. Wenn der Völkerbund glaubt, daß der Rat gleichgültig oder nachlässig gehandelt hat, dann möge er es sagen und Kritik üben. Aber hört nicht auf diejenigen, und mißt ihnen keine Bedeutung bei, die aus freien Stücken sich geweigert haben, diesen regelmäßigen Beschwerdenweg zu betreten und es vorzogen, von Haus zu Haus, von Delegierten zu Delegierten zu gehen, um ihre eigene Ansicht vorzutragen. Niemand hier im Hause möge diesen nicht beständigen und nicht geprüften Anschuldigungen Glauben schenken. Wir haben nur eine Aufgabe, nämlich darauf zu achten, daß die Regierung des Saargebiets gerecht sei und die Verwaltung gut. Dieses ist nicht nur das einzige Interesse und Sorge der Propagandisten. Sie legen mehr Wert darauf, die Saarregierung zu diskreditieren. Vergessen Sie allerdings nicht, daß das nur menschlich ist.“

Die Saargebietsbevölkerung legte bisher, infolge Ihrer von Völkerkenntnis und Gerechtigkeitsempfinden zeugenden Ansichten, auf Ihre Stimme im Völkerbundsrat ein großes Gewicht. Ihre vorstehend stizierten Ausführungen verraten aber eine total falsche Auffassung von den tatsächlichen Verhältnissen im Saargebiet. Zunächst wirken Sie als Sprachrohr der Saarregierung, wenn Sie über die Nichtinhaltung des Instanzenweges klagen, obwohl Sie wissen müßten, daß die Regierung Eingaben von maßgebenden Organisationen fast immer unbeantwortet und unberücksichtigt ließ und daß deshalb das Vertrauen zu dieser Regierung ganz geschwunden ist. Das Saargebiet ist ein Kind des Völkerbundes, dessen Räte Sie als Mitglied angehören. Ist deshalb ein gegenseitiges Vertrauen nicht die natürlichste und selbstverständlichsache der Welt? Aus diesem Gefühl heraus sandte die Saarbevölkerung ihre Vertreter zu Ihnen. Wir freuen uns herzlich, daß unser Vertrauen von warmherzigen Menschen mit Vertrauen vergolten wurde. Sie aber sprechen das kalte Wort, daß uns „niemand Glauben schenken möge“, die wir von Haus zu Haus gingen angeblich nur, um die Regierung zu diskreditieren. Ihre weitere Bemerkung, daß das nur menschlich sei, kann keine Milderung sein, denn die Beurteilung der Saargebietsverhältnisse ist nicht nur eine Frage des menschlichen Empfindens, sondern vor allem des politischen Verstandes und der Weltanschauung. So betrachtet, wirken Ihre Auslassungen außerordentlich befremdend.

Zunächst die Angelegenheit des saarländischen Regierungsgliedes Dr. Hector, dem vorgeworfen wird, den Sinn einer Adresse an die Regierung bei der Uebertragung in ihr Gegenteil verkehrt, d. h. franzosenfreundlich gefärbt zu haben. Sollte dieser Vorwurf auf falschen Voraussetzungen beruhen, dann ist er eben hinfällig und Dr. Hector rehabilitiert. Aber sind Sie etwa der Meinung, daß der Zweck der letzten Delegation allein eine Beschwerde gegen die Person des von der Regierung berufenen Dr. Hector ist? Sind Sie ferner der Meinung, daß die Saarbevölkerung deshalb ihre Vertreter zum Völkerbundsrat schickt, um von diesen die Beseitigung einer Anzahl mehr oder weniger kleinlicher Mißstände zu erbitten? Nein! Abgesehen von der grundsätzlichen Seite dieser Frage, daß das im Friedensvertrag der Saarbevölkerung zugesprochene Regierungsglied durch die Volksvertretung, den Landesrat, zu bestimmen ist, sind die Delegationen einzig und allein als ein Ausdruck einer Protestbewegung gegen ein annektionistisches Regierungssystem zu betrachten. Der Regierungskommission ist diese Protestbewegung natürlich ein Dorn im Auge und so tut sie alles mit einem Hinweis auf die „Alldeutsche Propaganda“ ab. Diese durch und durch unrichtige Behauptung wird von Ihnen zu unserem Bedauern aufgegriffen.

Sie prägen dann den Satz: „Wir haben nur eine Aufgabe, nämlich darauf zu achten, daß die Regierung des Saargebiets ge-

recht und die Verwaltung gut sei.“ Sollten Sie wirklich nicht wissen, daß dieser Grundsatz Gemeingut der Saarverwaltung ist und daß ja gerade die Delegationen der Saarbevölkerung den Zweck haben, die Verwirklichung dieses heute eben nicht vorhandenen Grundsatzes zu erreichen? Oder betrachten Sie eine planmäßige Franzöisierungspolitik im deutschen Saargebiet, trotz dem im Friedensvertrag festgelegten Treuhandscharakter und dem vom Völkerbund selbst aufgerichteten Grundsatz vom Selbstbestimmungsrecht der Völker, als eine gerechte Regierungspolitik? Sollten Sie aber, trotz dem dem Völkerbundsrat im Laufe der Zeit unterbreiteten, geradezu erdrückenden Material, dennoch nicht an das Vorhandensein eines annektionistischen Regierungssystems zu glauben vermögen, dann dürfte ich Sie wohl zur Beruhigung der Saarbevölkerung, um die Freundlichkeit bitten, uns die nach Ihrer Meinung wahren Motive gewisser Maßnahmen der Regierungskommission bekanntgeben zu wollen. Diese Aufklärung wäre m. E. besonders angebracht bei der Verordnung hinsichtlich der Saareinwohner-eigenschaft, laut welcher bekanntlich im Saargebiet wohnende Deutsche zu Ausländern und Franzosen zu Saareinwohnern gestempelt werden. Auch die Verordnung hinsichtlich des französischen Sprachunterrichts zum Nachteile des deutschen Stundenplanes in den saarländischen Volks- und Fortbildungsschulen würde eine solche Erklärung recht gut vertragen können. Eine Schilderung des eigentlichen Zwecks des Wirkens der unter französischen Leitung stehenden franko-saarländischen Handelskammer dürfte ebenfalls kaum zu umgehen sein. Schaden würde es auch nichts, wenn die weniger unverhüllt zutage tretenden Maßnahmen, wie beispielsweise die Besetzung aller maßgebenden Regierungsstellen mit Franzosen oder französisch Gesinnten, das Wirken des von Franzosen geleiteten und im Interesse der Franzosen arbeitenden Zentralwohnungsamtes und die Belassung des französischen Militärs und der Gendarmerie im Saargebiet, trotz der entgegenstehenden Bestimmung des Friedensvertrages, auf ihre wirklichen Motive untersucht werden würden. Eine eingehende Motivierung der Einführung der Frankenwährung im Saargebiet nach dem Rezept „und bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt“, wodurch nicht nur die deutsche Währung langsam aber sicher verdrängt, sondern auch eine völlige Neuorientierung der saarländischen Wirtschaft nach Frankreich herbeigeführt wird, darf nicht unterlassen werden. Bei der Arbeitnehmerschaft besteht ferner die Ansicht, daß die im Saargebiet vorhandene arbeitsrechtliche und sozialpolitische Rechtlosigkeit der Arbeitnehmer deshalb nicht nach den fortschrittlichen Verhältnissen, sondern nach den unsozialen französischen Zuständen „reformiert“ wird, weil sich bei einer Einverleibung des Saargebiets oder eines Teils desselben sonst leicht unangenehme Komplikationen ergeben könnten. Die verordnete „Justizreform“ wird als Beweis hierfür angeführt. Diese gibt übrigens ein interessantes Studienobjekt über die von Ihnen erwähnte „gute Verwaltungsarbeit“ ab. Aber auch eine nur oberflächliche Betrachtung des saarländischen Steuersystems, das bei seiner Lohnsteuer alle sozialen Unterschiede (Familienstärke usw.) ignoriert und bei seiner „Besitzsteuer“ eine ernsthafte Besteuerung des Besitzes nicht erkennen läßt, dürfte sich für diesen Zweck vorzüglich eignen. Schließlich wäre ich persönlich, als Gewerkschaftler, noch sehr gespannt darauf, ob Sie die Ausschaltung der die Arbeitnehmerschaft vertretenden gewerkschaftlichen Organisationen von der Mitarbeit an wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen (das Saargebiet ist ein Industriegebiet) auch als Merkmal einer guten Verwaltungsarbeit ansehen.

Sollte die Saarbevölkerung über die Tendenz der bevorstehend angeführten Maßnahmen der Regierungskommission durch Sie nicht des Irrtums überführt werden können, dann bleibt die Tatsache bestehen, daß Sie als Mitglied einer Institution der Demokratie der französischen Annexionspolitik Handlangerdienste geleistet haben. Sie hätten dadurch der Idee des Völkerbundes einen schlechten Dienst erwiesen.“

Wenn Lord Balfour wirklich ein Interesse an einer guten Verwaltung im Saargebiet hätte, dann wäre es seine Pflicht, die von Wilhelm Kimmritz angeführten Punkte — es ist nur eine kleine Auslese — einer genauen Nachprüfung zu unterziehen. Wir fürchten aber sehr, Lord Balfour hat gar kein Interesse an einer loyalen Aufklärung; er würde sonst auf Dinge stoßen, die sich mit seiner Genfer Rede aber auch gar nicht in Einklang bringen lassen. Und deshalb wird Herr Balfour schweigen und so tun, als hätte er von dem offenen Brief keine Kenntnis!

Ein Meisterstück des Völkerbundes im Saargebiet.

Von besonderer Seite wird der „Grenzland-Korrespondenz“ geschrieben:

Die Völkerbundskommission im Saargebiet mit dem Franzosen Rault an der Spitze hat kürzlich zwei Redakteure der sozialdemokratischen „Volksstimme“ mit einer Frist von 24 Stunden ausgewiesen, weil ihr längeres Verweilen die öffentliche Ordnung gefährdet hätte (wohlverstanden, nicht weil es die Ordnung gefährdet habe, sondern weil es — nach Ansicht des Herrn Rault — die Möglichkeit einer solchen Gefährdung in sich schließe). Der wirkliche, in den Verfügungen nicht angegebene Grund war bei einem Redakteur ein Artikel über einen Fall byzantinischen Verhaltens gegenüber Herrn Rault, in dem dieser eine Beleidigung seiner Person erblickte, und bei dem zweiten der Umstand, daß er beim Empfang des Ausweisungsbefehls für seinen Kollegen in der Erregung ausgerufen hatte, die Herren möchten nur so fortfahren, dann werden sie bald mit Knütteln fortgetrieben werden.

Erklärlicherweise rief die Maßnahme große Erregung hervor. Vertreter aller Parteien des Landesrats sprachen bei Herrn Rault vor und ersuchten ihn um Rücknahme der Verfügung. Dieser lehnte kategorisch ab. Erstens handle es sich nicht um eine Ausweisung, sondern nur um eine Entziehung der Aufenthaltserlaubnis, und zweitens schulde er für eine derartige Verwaltungsmaßnahme niemand Rechnung, auch nicht dem Landesrat.

Es lohnt, sich diese Erklärung etwas näher anzusehen. Die Unterscheidung zwischen „Ausweisung“ und „Entziehung der Aufenthaltserlaubnis“ ist ein typisch französisches Advokatenmädchen. Herr Rault will offenbar Herrn Poincaré nachäffern. Wie dieser keine „Bergewaltigungen“, sondern nur „Sanktionen“ und „Retorsionen“ kennt und mit Hilfe des Wörtchens „respektive“ Regierungen Handlungs-, d. h. Beutefreiheit reklamiert, versteht es auch Herr Rault, den für einen Völkerbundsvertreter etwas obsoleten Ausdruck „Ausweisung“ durch das sanftere Wort „Entziehung der Aufenthaltserlaubnis“ zu ersetzen. Leider hat das Saargebiet ganz und gar keinen Sinn für solche Subtilitäten, wohl aber für ihre Trivialität.

Wichtiger noch ist das Bekenntnis, daß Herr Rault für Verwaltungsmaßnahmen niemandem Rechnung schulde. Ueber die rechtliche Bedeutung dieses Grundsatzes und die Haltbarkeit seiner Anwendung im vorliegenden Fall wollen wir nicht reden. Uns erscheint es als ein Unding, daß im deutschen Saargebiet Deutsche ausgewiesen werden können, noch dazu ohne irgendwelche Rechtsmittel gegen die Ausweisung. Aber Herr Rault wird uns sicher mit neuen Advokatenkniffen das Gegenteil beweisen. Vom politischen Gesichtspunkt aus ist sein Bekenntnis einfach verblüffend. Wo ist das Land, in dem ein Minister mit dem gleichen starren Autoritarismus gegenüber den Volksvertretern auftritt und eine zum Prinzip erhobene Willkür der Verwaltung verteidigen könnte? Wir wissen in ganz Europa kein Land, das in dieser Beziehung dem vom Völkerbund betreuten Saargebiet den Rang streitig machen könnte. Daß aber im Saargebiet nach solchen despotischen Maximen regiert wird, ist überaus betrüblich. Warum hat denn Herr Rault, wenn er sich beleidigt fühlte, nicht das Nächstliegende getan und den Redakteur gerichtlich belangt? Das wäre doch ein Verfahren in den Formen des Rechts gewesen. Herr Rault aber zieht die Verwaltungswillkür vor. Eine Regierung, die nach solchen Grundsätzen handeln zu müssen glaubt, ist mehr als absolutistisch und undemokratisch, sie ist ganz einfach dumm. Herr Rault will die Ordnung schützen? Wir geben ihm Brief und Siegel, daß er mit solchen Mitteln das Gegenteil tut. Er schützt nicht die Ordnung, sondern untergräbt sie, denn er zerstört etwas, was die Voraussetzung jeder Ordnung ist und was Vertrauen und Freiheit heißt.

Solche Dinge aber, ohne die es um wirkliche Ordnung schlecht bestellt ist, sollen anscheinend aus dem Völkerbundsparadies an der Saar verbannt werden.

In diesem Lande bildet sich dank der unvernünftigen Verwaltungsmethoden der Regierungskommission immer mehr eine schwüle, ungesunde politische Atmosphäre heraus. Der Völkerbund aber erblickt in dieser Kommission „die Inkarnation der hohen Prinzipien, die zur Errichtung des Völkerbundes geführt haben“.

Die Saargruben als Französisierungsfaktor.

Frankreich begründete bei den Vorfriedensverhandlungen seine Ansprüche auf die Saargruben mit der nach französischer Angabe von deutscher Seite absichtlich durchgeführten Zerstörung der Kohlengruben in Nordfrankreich. Es suchte damals in einer ausführlichen Denkschrift vom Januar bzw. Februar 1919 seine Ansprüche zahlenmäßig nachzuweisen mit dem Hinweis, daß Frankreich durch diese Zerstörungen gezwungen sei, jährlich 51 Millionen Tonnen Kohlen einzuführen. Es rechnete damals aus, daß bei Abtretung der Saargruben Deutschland noch immer einen Kohlenüberschuß von annähernd 68 Millionen Tonnen im Jahre haben werde, während Frankreich infolge Kohlenmangels wirtschaftlich zugrunde gerichtet würde.

Die Entwicklung der Verhältnisse hat gezeigt, daß es sich bei diesen französischen Zahlenangaben um nichts anderes als um eine niederträchtige Spiegel-Fechterei handelte, da in Wirklichkeit die Dinge ganz anders liegen. Zunächst war der Umfang der Zerstörung der nordfranzösischen Gruben nicht derart, daß ein behaupteter Förderausfall von über 20 Millionen Tonnen jährlich eintrat. Ferner war es unrichtig, daß der französische Kohleneinfuhrbedarf 51 Millionen ausmache. Der beste Beweis dafür ist, daß Frankreich auf Grund der deutschen Lieferungen an Reparationskohle die Einfuhr belgischer, englischer und luxemburgischer Kohlen so gut wie ganz einstellte, daß Frankreich mit der deutschen Reparationskohle glänzende Geschäfte und seinem Haupttrivalen im Kohlenhandel, nämlich England, scharfe Konkurrenz macht, und daß schließlich die französischen Kohlenlager in den Städten und in den Industriezentren sich derart häuften, daß Frankreich in Kohle zu ersticken drohte. Für saarländische Kohle war also überhaupt kein Bedarf vorhanden, so daß man frampshaft nach geeigneten Absatzgebieten suchte.

Während man den Saarbergleuten vorzureden versuchte, daß infolge der französischen bergbautechnischen Überlegenheit die Förderungsleistung der Saargruben verdoppelt werden würde, ergab sich sehr bald, daß Frankreich nicht wußte, was es mit den weit hinter der Friedensförderung zurückbleibenden Mengen geförderter Saarkohle anfangen sollte. Die französische Bergverwaltung für die Saargruben suchte der Übersflutung mit Saarkohle dadurch entgegenzutreten, daß sie zunächst zahlreiche Feierschichten einlegte und die Belegschaftsziffer allmählich verminderte. Diese Maßnahmen führten dazu, daß auf den Saargruben innerhalb

von 9 Monaten des vergangenen Jahres rund 25 Feierschichten verfahren werden mußten, was also gleichbedeutend mit dem Ausfall eines ganzen Fördermonats ist. Die feinerzeit prahlend gewährte „hohe Frankentalöschung“ erlitt also durch diese Feierschichten eine Kürzung um 9 bis 10 Prozent; außerdem aber wurden die Löhne durch mehrfachen Abbau direkt um rund 20 Prozent gekürzt, so daß die Saarbergleute trotz ihres angeblich „hohen“ Frankentalöschens und trotz des hohen Standes des Frankens gegenüber der Mark nicht zu den bestbezahlten Arbeitern des Saargebiets gezählt werden können.

Diese Feststellung ist von besonderem Wert im Hinblick auf die Propaganda, die feinerzeit zur Einführung der Frankentalöschung gemacht wurde.

Die betrogene Saarbergarbeiterschaft hat aber den Reiz der Enttäuschung noch nicht bis zur Neige geleert. Vor einigen Monaten fanden zwischen Vertretern der französischen Bergverwaltung und der Bergarbeiterschaft Verhandlungen wegen eines neuen Lohnabkommens statt. Bei dieser Gelegenheit wurde bekannt, daß die französische Grubenverwaltung des Saargebiets sich ernsthaft mit der Absicht trägt, rund 3000 Bergleute abzulegen. Es handelt sich bei den von der Entlassung bedrohten Bergleuten um solche aus den bei Preußen verbliebenen Restkreisen Merzig und Wadern, sowie des Landkreises Trier und der Westpfalz. Sie sind schon seit Jahrzehnten auf den Saargruben beschäftigt, wohnen in der Woche in Schlafhäusern oder Privatquartieren und fahren meistens nur Sonntags nach Hause. Die damals preußische fiskalische Grubenverwaltung hatte diese Leute aus nicht industrieller Gegend für den Bergbau herangezogen, um zu verhindern, daß die Belegschaft der Saargruben durch Zuwanderung von unliebsamen Elementen ausländischer Nation vermischt wurde.

Die Gefahr der Ableuna wurde vorübergehend dadurch beilegt, daß die deutsche Regierung auf die Vorstellungen von Vertretern der Saarbergarbeiter sich bereit erklärte, dem Abblakmanoeil für Saarkohle durch Abnahme einer aröheren Menae abzuhelfen. Ganz beilegt ist die Gefahr jedoch noch nicht, da die französische Grubenverwaltung an der Saar mit ihrer Personalpolitik nicht nur wirtschaftliche, sondern vor allem politische Ziele verfolgt. Die deutschen Saarbergleute möchte man allmählich abschieben und sie durch gefügigere Kulis ersetzen. Wenn eine Nachricht einer Berliner Zeitung zutrifft — und sie wurde bisher nicht widerrufen — so wirbt die französische

Grubenverwaltung im Ruhrkohlengebiet polnische Bergleute für die Saargruben an. Und kürzlich mußten wir berichten, daß auf der Grube Frankenholz französische Bergleute angelegt wurden.

Welche Bewandnis es übrigens mit den Klagen der französischen Bergwerksdirektion an der Saar hat, die Gruben arbeiten nicht rentabel, wird durch ein Eingekandt in der „Saarbrücker Landeszeitung“ trefflich illustriert. Danach erhalten die höheren Beamten der französischen Bergwerksdirektion jährlich zweimal, und zwar am 31. Dezember und am 30. Juni, sogenannte „Gratifikationen“. Am 26. Juni d. J. habe die Bergwerksdirektion der französischen Bank für das Saargebiet

787 800 Franken überwiesen, die an 129 höhere Beamte verteilt werden sollten. Außerdem sei bekannt, daß Ende Dezember v. J. der Direktor Desflines für seinen Teil die bedeutende Summe von 40 000 Franken erhalten habe. Bei der Ueberweisung der erwähnten Summe an die Bank habe man sich nicht der Vermittlung der Banken von Saarbrücken bedient, „da man deren Schwachhaftigkeit fürchtete“. Die Verteilung der Beträge sei auch nicht der Kasse der Bergwerksdirektion übertragen worden, weil man auch diese nicht für „dicht“ hält.

Die Saarbergleute werden also die Augen offen halten müssen, um rechtzeitig darüber unterrichtet zu sein, was gespielt wird.

Die Wohnungsnot in Saarbrücken.

Eines der schlimmsten Kapitel in diesen trüben Zeiten, die das Saargebiet jetzt durchmacht, ist die Wohnungsnot in Saarbrücken. Ein großer Teil der Saargebietsbevölkerung ist gezwungen, unter Zuständen zu leben, die jeder Beschreibung spotten. Gewiß ist die Wohnungsnot ein Zeichen unserer Zeit, also kein Charakteristikum Saarbrückens. Hier wird sie aber noch verschärft dadurch, daß viele Räume durch das französische Militär, die französischen Beamten und die zahlreich zugewanderten Ausländer (Franzosen) beansprucht werden, die der eingeseffenen Bevölkerung die besten Wohnmöglichkeiten wegnehmen. Was aber die Verbitterung noch verschärfen muß, ist die Tatsache, daß zahlreiche hier zureisende fremde Elemente, die eine Gelegenheit zu leichtem Gewinn suchen, häufig gema eine auskömmliche Wohnung zu erhalten wissen, während heimische Bürger gezwungen sind, in elenden Dachkammern oder noch unwürdigeren Räumen mit ihren Familien zu hausen. Auf diese unhaltbaren Zustände wirft ein grelles Schlaglicht eine Schilderung, die uns übermittelt wird von einem Mitgliede des städtischen Wohnungsamts und Beisitzer beim Mietereinkommensamt in Saarbrücken, das in dieser Eigenschaft oft Gelegenheit hatte, dem Wohnungssuchenden auf den Grund zu gehen und aus eigener Erfahrung ein Urteil zu fällen.

Bekanntlich hatte, so schreibt unser Gewährsmann, der Präsident der Regierungskommission, Herr Rault, seinerzeit nach Genf berichtet, daß im Saargebiet keine Wohnungen mehr der Bevölkerung durch das französische Militär, welches sich zu Unrecht im Saargebiet aufhält, entzogen werden. Diese Behauptung war eine Entstellung der tatsächlichen Verhältnisse. Ein Kriegsschädigter, geborener Saarbrücker, bewohnt mit seiner Familie seit 3½ Jahren ein paar enge Mansardenzimmer als Notwohnung. Nach vielen Laufereien wurde ihm endlich durch das städtische Wohnungsamt eine geeignete Wohnung nachgewiesen. Der Hausbesitzer war mit dem neuen Mieter einverstanden, hatte aber die Rechnung ohne das Zentralwohnungsamt, Abt. B. gemacht. Diese Abteilung B ist in Wirklichkeit das französische Militär, welches nach wie vor Wohnungen beansprucht und erhält. Auch in obigem Fall wurde unserem Bürger die Wohnung entzogen und einem französischen Offizier zugewiesen. An den Häusern der Pfälzer-Stiftung sollen bekanntlich nur die Ärmsten der Armen etwas Licht und Luft genießen. Sogar in diesen Wohlfahrtshäusern richtete sich ein französischer Soldat mit Kind und Kegel ein. Also nicht nur Offiziere, sondern auch Unteroffiziere, welche mit Mutter, Großmutter und Schwiegermutter die Baluta ausnützen, beanspruchen und erhalten ständige Wohnungen. Außerdem vielen Wohnungen, welche das Militär bewohnt, sind noch eine große Zahl von möblierten Zimmern für die französischen Eisenbahner requiriert worden, die unbenutzt freigehalten werden müssen für den Fall eines Verkehrsstreiks. Unsere Eisenbahner haben bekanntlich bei Mutter Grün kampiert. Mit welchem Recht diese Räume den vielen Zimmerluchenden entzogen werden, will ich unserm Landesrat zur Beurteilung überlassen. Auch der Chauffeur des Herrn Rault hat es nicht nötig, seine frühere Dienstwohnung zu räumen, obwohl ihm eine andere Wohnung angewiesen wurde. Den bekannten „St. Hubertus“ in der Johannisstraße hat die französische Bergverwaltung in ein Vergnügungslokal umgewandelt und vier Familien zu diesem Zwecke auf die Straße gesetzt. Dabei soll bekanntlich Wohnraum seinem eigentlichen Zwecke nicht entzogen werden. Für die Bergwerksdirektion gilt

diese Bestimmung nicht. Ueber den umfangreichen Häuserkauf des französischen Staates (Bergwerksdirektion) wird noch besonders zu reden sein. An einigen Beispielen will ich noch kurz zeigen, wie unterschiedlich Einheimische und Ausländer in unserer Heimat untergebracht sind. In der Königin-Luisen-Straße 49 wurde dem Bruder des früheren „Saar-Kurier“-Redakteurs Weber eine 4-Zimmerwohnung mit Hilfe der Regierungskommission zugewiesen, in der Racherstraße, vier Treppen hoch, haust ein armer deutscher Kriegsbeschädigter in einer engen Mansardenwohnung. In der Mainzer Straße 41 wurde dem Autobesitzer Deutsch aus Saaraemünde eine 3-Zimmerwohnung durch das französische Militär zugewiesen. Rosenstraße 7 wohnt ein deutscher Geschäftsmann mit Frau und einem Kind (sein Kind ist bereits gestorben) in einem engen Raum. Kaiserstraße 7a bewohnt der französische Zollbeamte Legall mit drei Personen 7 Zimmer mit 2 Küchen und 2 Mansarden. Fürstenstraße 10 wohnt eine deutsche Familie in einer kleinen engen Dachkammer mit schrägen Fenstern. Das Gleiche trifft im Hause Rismarckstraße 8 zu. Paul-Marienstraße 26, Großerbaser-Friedrichstraße 140 wurden Wohnungen an Privatpersonen mit französischen Sprachkenntnissen zugewiesen. Herr Rosenbaum aus Straßburg erhielt mit Hilfe des Herrn Delfaut eine 7-Zimmerwohnung. Die Villa Ehrhardt, St. Johanner Straße (17 Zimmer), wird von einer französischen Familie bewohnt. Der Verein der Elsaß-Lothringer hat in der Trierer Straße eine 5-Zimmerwohnung zu Büro zwecken eingerichtet. Winterbergstraße 8 bewohnt ein französisches Ehepaar die ganze Villa, acht Zimmer mit Zubehör. Winterbergstraße 12 können beavem zwei Familien in den oberen Räumen untergebracht werden. Diese stehen schon wochenlang leer. Feldstraße 17 wird ein früherer Viehstall mit Backsteinboden von einer deutschen Familie als Wohnraum benutzt. Gerweiler Straße 2 bewohnen drei deutsche Familien mit Kind und Kegel drei enge Räume. Luisenthaler Straße 62 wird ebenfalls ein Stall seit über ½ Jahr zu Wohnzwecken benutzt. Diese Gegenstände können noch zu Dutzenden vermehrt werden, doch glaube ich hierdurch genügend gezeigt zu haben, daß es die höchste Zeit ist, die verschiedenen Wohnungsämter zu beseitigen und das Saarbrücker Wohnungsamt mit der Zuteilung von Wohnungen zu beauftragen. Tritt hier keine Aenderung ein, sehe ich mich veranlaßt, mein Material an den Völkerverbund zu übermitteln, auch Herrn Balfour eine Abschrift einzusenden.

Diese Darlegungen, die wohl kaum widerlegt werden können, sprechen für sich; ein Kommentar zu dem Unrecht, das hier auf dem Gebiete der Wohnungsfrage grassiert, erübrigt sich. Gewiß, der Landesrat wird sich gern dafür einsetzen, daß die Härten und Unbilligkeiten ausgeglichen werden. Wird man ihn hören? Wir bezweifeln es, denn die unhaltbaren Zustände können den maßgebenden Stellen nicht unbekannt geblieben sein. Eine Beschwerde an den Völkerverbund wird die notwendige schnelle Abhilfe nicht bringen, aber sie vermehrt das Material, dessen anwachsende Wucht schließlich doch ein System zum Zusammenbrechen führen muß, das mit der Förderung der Wohlfahrt des Saargebietes, die verheißen wurde, nicht vereinbar ist.

Die Geister die er rief

Es ist schwer, keine Satire zu schreiben: der Herold der Frankwährung im Saargebiet, der „Neue Saarkurier“, wird von seinem technischen Personal bestreift, weil er — zur Markentlohnung zurückkehren will!

Es ist bekanntlich nicht der erste Versuch des lautesten Rufers im Chöre der Frankenforderer, sich von der Fessel der Frankentlöhne zu befreien, der jetzt unternommen wurde. Ein gleicher Versuch, der vor einiger Zeit gewagt worden ist, scheiterte an dem entschlossenen Widerstand des Personals, das durchaus nicht verstehen will, daß ein Unterschied zwischen Worten und Taten ist. Damals ging es mit einer Lohnkürzung ab, die allerdings sehr bald wieder durch den Sturz der deutschen Mark ausgeglichen wgr. Im jetzigen Falle kam es zu einer „Einigung“ zwischen beiden Parteien. Inzwischen hat der Streit auch andere Zeitungsbetriebe des Saargebietes erfaßt, da die Gehilfen allgemein die Frankenzahlung verlangten.

Der Streit beim Saarkurier, „Saargebüsch“ nennt ihn der Volkswirt treffend, hat für den, der sich die Augen nicht zuhält, eine ernste Lehre: es gibt tatsächlich Betriebe, die nicht ohne weiteres auf die Frankwährung umzustellen sind, da ihnen keine Frankeneinnahmen zufließen; zu ihnen gehören in erster Linie die Zeitungsunternehmen. Wir fürchten, daß die Frankenforderung der Buchdruckergehilfen, wenn ihr stattgegeben werden sollte, verheerend für die Saarpresse wirkt und damit — zur Freude gewisser Leute — eine Schwächung der deutschen Position erfolgt, die kaum im Interesse des Verbandes der Deutschen Buchdrucker gelegen sein kann.

Zum Vordringen des Franken ist weiter zu bemerken, daß seit dem 1. Oktober die Stadt Saarbrücken ihren Beamten, Angestellten und Arbeitern eine Frankenausgleichszulage zahlt, die folgende Höhe hat: für Verheiratete 60 Franken, sowie außerdem für jedes unmündige Kind 5 Franken, für Ledige über 25 Jahre 30 Franken, unter 25 Jahren 24 Franken, unter 21 Jahren 18 Franken, unter 18 Jahren 12 Franken und unter 16 Jahren 6 Franken. Mit Rückwirkung vom 1. Oktober ab werden auch in Friedrichsthal die Löhne und Gehälter, sowie die Unterstützungen, Renten usw. in Frankwährung bezahlt. Da das Kreiselektrizitätswerk in Saarlouis vom 1. November ab ebenfalls in Franken ent-

lohnt, müssen die Abnehmer des elektrischen Stromes Licht und Kraft jetzt auch in Franken bezahlen, und zwar gilt diese Maßnahme sonderbarerweise rückwirkend für den Monat Oktober, was gerade keine günstige Aufnahme gefunden hat. Die Gemeinde Sulzbach fordert den Franken vom 1. November ab für Wasser und Elektrizität. Bezeichnend dafür, daß die französische Bergverwaltung sich sehr gern zur Propaganda der Richterschen Ideen hergibt, ist ein Schreiben, das der Gemeinde Riegelsberg zugeht. Darin macht die Generaldirektion der französischen Gruben die weitere Zahlung von Subventionen davon abhängig, daß die Tarife auf Frankwährung umgestellt werden. Unter diesem Zwange entschloß sich die Riegelsberger Gemeindeverwaltung, die Bezahlung von elektrischem Licht, Wasser und Straßenbahn in Franken zu verlangen. Auch in Handwerkerkreisen greift die Frankenforderung weiter um sich. So geben die selbständigen Schuhmacher des Kreises Ottweiler ihre Erzeugnisse nur noch gegen Franken ab, und die Damenschneiderinnung des Kreises Saarlouis hat beschlossen, die Richtpreise in Franken festzusetzen.

Jedoch: gewinnt auch die französische Währung im Saargebiet mehr und mehr an Boden, der „Matin“, der in ihr gern einen Vorläufer der vollständigen Franzöisierung unserer Saarheimat sehen möchte, soll nicht Recht behalten. Der „Vorwärts“ hat unsere Zustimmung, wenn er den Drahtziehern bei der Verwelschung des Saargebietes ins Stammbuch schreibt:

„Frankreich feiert . . . einen ersten Erfolg, einen Erfolg allerdings, dem moralische oder geistige Werte nicht zugrunde liegen, sondern lediglich die nackte Gewalt. Hunger ist ein sehr bequemes Mittel, um zum Ziele zu gelangen. Aber auch die französische Saarverwaltung, für die der Völkerbund kaum noch ein schützendes Mäntelchen ist, wird sich nicht der Illusion hingeben, daß die Hungerpeitsche Tatsachen auslöschen kann, die man in Paris und Genf so gerne verschweigen möchte: die Saarbevölkerung — an der Spitze die Arbeiterschaft — bleibt deutsch, mag man sie auch zwingen, sich vor dem Frank zu beugen, mag man ihre Petitionen wie einen Felsen Papier behandeln, mag man ihre Abordnungen ignorieren und mag man der saarländischen Volksvertretung, diesem Parlament der Stummen, den Mund vernebeln!“

Maßnahmen zur Linderung der Not der Sozial- und Kapitalrentner.

Kürzlich fanden zwischen Vertretern der im Landesrat vertretenen Fraktionen und der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen einerseits und dem Berghauptmann Franzén als Leiter der Abteilung für Sozialversicherung bei der Regierungskommission Beratungen über folgende Punkte statt:

1. Gewährung einer fortlaufenden Teuerungszulage zu den Pensionen, die von den Knappschafts-Pensionskassen gezahlt werden.
- Als solche kommen z. B. in Frage die vier Knappschaftsvereine, die für die Werke Burbacher Hütte, Brebacher Hütte, Dillinger Hütte und Neukirchener Eisenwerk bestehen, die Pensionskasse der Glas- und Keramikindustrie und einiger Werke der Fertigungsindustrie.
2. Erhöhung der Unfallrenten.
3. Gewährung einer Teuerungszulage zu den Reichs-Invaliden- und Hinterbliebenenrenten und
4. die Einführung des Rentnernotstandsgesetzes vom 7. 12. 1921, das die Gewährung eines Existenzminimums durch Stadt und Gemeinde für die Bezieher von Reichs-Invalidentrenten vorsieht.
5. Ausbau der öffentlichen Wohlfahrtspflege.

Wie die „Landeszeitung“ meldet, wurden folgende Ergebnisse erzielt:

Zu 1. Als Folge der auf Anregung der Zentrumsfraktion eingeleiteten Besprechungen mit Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und Vertretern der Pensionskassen unter Mitwirkung des Oberbergamtes sind Pläne zur Gewährung einer fortlaufenden Teuerungszulage zu den Pensionen aus den Knappschafts-Pensionskassen — mit Ausnahme des Bergbaues, wo solche bereits seit mehr als einem Jahre bezahlt werden — soweit gegeben, daß sie bald greifbare Gestalt annehmen werden.

Zum Teil will man für eine gewisse Anzahl Werke Zuschüsse bilden und, wo das nicht angebracht erscheint, innerhalb der bestehenden Kassen durch ein Umlageverfahren die Mittel schaffen, um eine besondere Teuerungszulage zu den Pensionen zahlen. Die Arbeiten zur Durchführung dieser Maßnahmen sollen möglichst rasch gefördert werden. Der Grundgedanke dabei ist, die Beiträge

und Pensionen wieder in ein gewisses Verhältnis zum Lohn zu bringen, wie das in Vorkriegszeiten der Fall war.

Zu 2. Zunächst soll die Drittelungsgrenze für die Träger der Unfallversicherung, die die Unfallrente bereits in Franken bezahlen, von 1800 auf 2400 Franken erhöht werden, d. h. der Jahresverdienst, der der Rentenberechnung zugrunde zu legen ist, wird bis zu 2400 Franken voll angerechnet und erst von da ab zu einem Drittel. Ob die Verordnung, durch die diese Grenze hinaufgesetzt wird, rückwirkende Kraft erhält, konnte nicht zugesagt werden.

Ferner soll die Regierung dort, wo die Ausführungsbehörde, d. h. selbst Träger der Unfallversicherung ist und die Entlohnung in Franken erfolgt, auch die Unfallrenten in Franken festsetzen. Es kommt hier vor allem die Eisenbahn in Frage.

Die letzte Verordnung der deutschen Regierung über Erhöhung der Zulagen in der Unfallversicherung vom 4. 10. 1922 R.-G.-Bl. S. 760 soll sofort im Saargebiet eingeführt werden. Diese sieht eine weitere Erhöhung der Drittelungsgrenze zur anderweitigen Berechnung der Unfallrenten für Unfälle aus gewerblichen Betrieben bis zu 48 000 Mark vor. Inwieweit über diese Verbesserung hinaus noch Teuerungszulagen gewährt werden können, soll geprüft werden.

Zu 3. Ueber die Notwendigkeit, zu den laufenden Reichs-Invaliden-, Witwen- und Waisenrenten, die in gleicher Höhe zu zahlen sind, für die Rentenempfänger, die im Saargebiet wohnen, noch eine Teuerungszulage zu gewähren, herrschte Uebereinstimmung. Ueber die Höhe derselben glaubt man, nicht unter 50 Prozent der Reichssätze hinunter gehen zu dürfen und will, wenn es durchführbar ist, bis zu 100 Prozent gehen.

Gewisse Schwierigkeiten bestehen in der Festsetzung des Beitrages, dem Einzugsverfahren und der Höhe der Bezüge mit Rücksicht auf die schwankende Bewertung des Geldes. Eine endgültige Lösung soll in einer weiteren Sitzung gesucht werden.

Zu 4. Für die Einführung des Rentnernotstandsgesetzes erklärt sich der Leiter der Abteilung für Sozialversicherung nicht für zuständig. Weitere Verhandlungen sollen daher mit der Leitung des Wohlfahrtsamtes geführt werden, die bereits angeregt und nachgesucht sind.

Ein Herbsttag am Schaumberg.

Von A. Sch., Tholey.*

Schon tagelang hält das unfreundliche, regnerische Wetter Menschen und Tiere in den Häusern. Mißmutig und voll Ungeduld lauert der Landmann auf ein paar sonnenreiche Stunden, in denen er die rückständige Ernte einspeichern kann.

Heute jedoch sieht man überall ein eifriges Arbeiten, als müßten auf einmal die noch zu verrichtenden Feldarbeiten besorgt werden. Das Straßenleben gleicht einem Ameisenhaufen, wo in unermüdlicher Tätigkeit ein reges Leben und Treiben herrscht. Die Sonne lacht heute so freundlich vom Himmel herab, als wollte sie nach langem Leid und Wehklagen endlich wieder Glück und Frieden zu ihrem aufgepeitschten Erdenkindern bringen.

Mit quälender Ungeduld erwarte ich die Feierstunde, nach der ich, heraus aus der bedrückenden Büroenge, mich auf unsere stolze, anmutige Höhe schwingen kann. Gerade heute bei dem lachenden Sonnenschein empfinde ich eine kindliche Sehnsucht nach der freien luftigen Höhe, nach der Spielstätte meiner Jugendjahre. Schon hat sich die Sonne hinter dem Berge verborgen und ist für uns Tholeyer nicht mehr sichtbar. Jauchzend voll Uebermut und unsagbarer Freude geht es nun in eiligem Tempo die steile Höhe hinan, strotzend die Jugendkraft zur Geltung bringend. Die Bergkuppe ist erreicht. Wie verändert sieht die ganze Natur aus! Welch gelbfahle Blätter fallen von den Bäumen? Der Herbst hat seinen allzu frühen Einzug gehalten und die ganze Natur sich unterworfen. Ein Blick nach rückwärts zeigt mir tief unten meine idyllisch am Berg sich anschiegende Heimat mit ihrer alten ehrwürdigen, sagenumwobenen Klosterkirche. Anhaltendes Wagengerassel von Heimkehrenden, schwer mit Kartoffeln beladenen Fuhrwerken ist deutlich vom Orte hörbar. Dort drüben in den Wiesen treiben Jungens das Weidewieh zusammen, um es gemeinsam nach Hause zu führen. In der Talmulde Marpingen-Altweiler bildet sich schon der aufsteigende Abenddunst zu hellgrauen Nebelschwaden, die heute meinen Blicken die sonst sichtbaren Häuserreihen verbergen. Überall, wo sich das Auge hinwendet, sind die Anzeichen des plötzlich hereingebrochenen Herbstes sichtbar. Wie schön und anmutsvoll gestaltet sich im Sonnenglanz die Häuserreihe auf der Göttesborner Höhe. Auch sind einzelne Häuser von Bildstock deutlich sichtbar. Hinter dem mit Tannen beplanten Höhenrücken von Uxerweiler steigt ein qualmender schwarzer Rauch gegen den Himmel empor, der wohl vom Neunkircher Hüttenwerk herrührt. Welch ein Wechsel bringt uns die Natur in ihrer Mannigfaltigkeit in einer so geringen Entfernung; dort Tag und Nacht eine erstickende, unbehagliche Luft, während hier kein Fabrikrauch, keine schwärzende Grube die reine Gottesgabe durchmischt! Ein heiser schreiender Rabe im Kampfe mit einem Habicht fliegen über mir her und stören mich in meinen andächtigen Betrachtungen. Weiter führt mich der Weg durch den dichten, auch Buchen-, Eichen- und Tannengemisch bestehenden Wald. Frische, gewürzte Waldluft weht mir der westliche Abendwind entgegen. Eine Wonneluft, verbunden mit dem himmlisch glücklichen Gefühl der Geborgenheit durchdringt mich. In irgend einem Nachbardorf läutet ein Glöcklein zur Abendruhe. Stiller wird es überall. Langsam senkt sich die

Dämmerung über die Erde. Alte, ehrwürdige, mit Efeuranthen umschlungene Eichen erwarten schweigend die eintretende Nacht. Kein Vöglein zwitschert mehr im Geäst. Einzelne Amseln fliegen, durch das unter meinen Füßen berstende dürre Holz erschreckt, aus ihrem Ruheplätzchen, das sie hinter Sträuchern für die kommende Nacht bereits gesucht hatten. Dort huscht ein Eichhörnchen verspätet seinem kleinen Versteck zu. Im Nu hat es den hohen Gipfel des Baumes erreicht, so daß es infolge der Dämmerung dem Auge unsichtbar wird.

Weiter durchschreite ich den Wald nachdenklich und sinnend. Wie schön ist doch die Natur in all ihren tausendfältigen Schöpfungen. Ein Schreck geht plötzlich durch meine Glieder. Höre ich nicht eben das alte Lied der Zeit seine ewigen Melodien von dem Werden und Vergehen? Wer bringt mir dies hier in Erinnerung, hier oben in dem totenstillen Wald? — Ja, alles wird vergehen, alles, was dem Auge hier sichtbar ist.

Ein kleiner Kreuzweg führt mich aus dem Walde einem wundervollen, fast romantischen kleinen Fleckchen Erde zu. Unwillkürlich fallen mir die vielen unzähligen sprühenden, flimmernden Lichter der Dillinger Hütte ins Auge, die in der weiten Entfernung mich an einen fahrenden Eisenbahnzug erinnern. Ein idyllisches Plätzchen, das mir die Aussicht nach dem Nordwesten gestattet, habe ich mir hier ausgesucht, um in der Abenddämmerung zu — träumen. Zu meinen Füßen liegt einsam das Dörfchen Hasborn, von dem der Wind Hundegebell herüberträgt in meine Einsamkeit. Ein glühroter Schein verfinstert hinter den fernen Bergen. Der Sonne lehtes Gold ist verglüht, seine Wölkchen schwimmen in einem rosenroten Meer, das langsam, langsam verblaßt, je schneller der Sonnenwagen hinter dem Horizont hinüberlenkt zu den Ländern im fernen Westen, wo nun die lange Nacht entflieht. In weiter, weiter Ferne ist eine unzählige Schar Zugvögel sichtbar, die der Sonne naheilend, wie kleine Pünktchen, langsam dem Auge entschwinden. Leise fährt der Abendwind durch die feinen Gräser am Waldbesand; sie nicken wie träumend und rascheln leise, als rauchten sie seltsame Geschichten, wie Kinder, die unter die Decke schlüpfen, ehe der Sandmann kommt. Oder bringen sie mir schaurige Märchen von den Raubrittern, die vor Jahrhunderten ihr raues Handwerk hier vollführten; vielleicht auch von dem gefürchteten Berggeist, der zu gegebener Stunde hier vorbeikommen wird? Vereinzelte Lichter, tauchen in den vor mir liegenden Ortschaften auf. Allmählich wird es dunkler. Nun ist die Stunde da, wo die Sterne erwachen. Verblaßt ist das Rosenrot im Westen, versprüht der Feuerstreif, der drüben am Horizont wie ein Strom flüssigen Goldes hinzog und, mit ihren blauschwarzen Flügeln senkt sich die Nacht auf die Natur. Ich liege hier und blide schweigend empor zu den ewigen Lichtern droben. Langsam kommen sie gezogen, eines nach dem anderen, die hellen großen zuerst und dann die kleineren. Im Nu liegt das ganze Sternenkleid vor mir ausgebreitet. Unwillkürlich in Erinnerung versunken ist es mir, als hörte ich aus fernen Schuljahren viele frische Kinderstimmen herausspringen. „Weißt du, wieviel Sterne stehen an dem blauen Himmelszelt?“ Tönt nicht noch des Lehrers alte Geige dazwischen?

— — — Es fröstelt. Langsam in Gedanken versunken trete ich den Rückweg durch den finsternen Wald an. Nur mit Mühe kann ich den richtigen Weg in der Dunkelheit finden. Endlich liegt wieder tief unter mir das lichterhelle Tholey, zu dem mich nach einem lieben erquickenden Traum eine leise Sehnsucht zieht.

Nur unsere Taten können beweisen,

ob wir es mit unserer Aufgabe zum Besten unserer Saarheimat ernst nehmen. Unter Frankreichs systematischem Druck auf Deutschland leidet jetzt jeder einzelne deutsche Volksgenosse. Aber trotzdem leiden wir nur einen kleinen Teil von dem, was unseren Schwestern und Brüdern durch das Versailler Diktat auferlegt wurde und was Frankreich zur Vermehrung dieser Leiden täglich hinzutut. Und angesichts dieser übergroßen Not und Gefahr im Saargebiet sollten wir hier nicht

50 Mark im Vierteljahr

erübrigen können? Wir geben unseren „Saar-Freund“ auch weiterhin zum Bezugspreis von 15.— Mark im Vierteljahr ab, obwohl wir damit bei weitem nicht unsere Unkosten decken. Wir wollen aber an diesem Preis festhalten, um auch allen Mitkämpfern außerhalb und innerhalb des Saargebiets, denen schon 15.— Mark im Monat ein Opfer bedeutet, den Weiterbezug unserer Zeitschrift zu ermöglichen. Dafür aber erwarten wir von allen unseren Freunden, Mitkämpfern und Lesern, die 50.— Mark oder mehr für unsere Saarheimatsache erübrigen können, daß sie uns einen entsprechenden

freiwilligen Bezugspreis

nicht unter 50.— Mark im Vierteljahr zahlen. Nur auf diesem Wege ist es möglich, unsere Zeitschrift weiter bestehen zu lassen, ohne den Bezugspreis allgemein erhöhen zu müssen.

An sich verlangen wir von unseren Freunden nicht viel; aber gerade in dieser Art der Arbeit zeigt sich, mit welcher innerer Anteilnahme jeder einzelne „Saar-Freund“-Leser zu unserer Saargebietsarbeit steht. Wer diesen freiwilligen Beitrag im Vierteljahr leisten kann und tut es nicht, der meint es nicht ehrlich mit unserer Saarheimat. Auf denn,

keiner fehle!

Geschäftsstelle u. Schriftleitung des „Saar-Freund“.

* In dem Heimatblättern von der Blies (Saar- und Blies-Stg.).

Beobachtungen einer deutschen Frau im Saargebiet.

Die Verhältnisse im Saargebiet, wie sie sich als Folge des Versailler Diktats und der mit allen Mitteln unterstützten und betriebenen Franzöfierungspolitik herausgebildet haben, sind jahrelang im übrigen Deutschlands so gut wie wenig unbeachtet geblieben. Nur ganz allmählich trat hier eine Aenderung ein, die nicht zuletzt durch unsere fortgesetzte Aufklärungsarbeit veranlaßt wurde. Heute haben wir die Genugtuung, daß nicht nur in ganz Deutschland waches Interesse besteht, sondern in der ganzen Welt langsame Verständnis für die Gewaltmaßnahmen einzieht, die Frankreich im Saargebiet zur Annexionierung dieses Landes anwendet.

Ein günstiges Zeichen sind in jüngster Zeit zahlreich erscheinenden Veröffentlichungen der deutschen Presse über das Saargebiet. Im „Berl. Lokalan.“ schrieb kürzlich eine deutsche Frau über ihre Beobachtungen im Saargebiet das Folgende:

Man muß gern reisen, wenn man sich zu dieser Fahrt entschließt. Durch das Passbureau, an Douanen vorbei, die Koffer schleppend, die uns kein Dienstmann abnimmt, sich durchdrängend, durchfragend, bis man endlich in dem überfüllten Zug sitzt, der uns uns dem Saargebiet entgegenträgt. „Die Fahrkarten nach Saarbrücken sind ausverkauft“, heißt's in Frankfurt. Vor den Schaltern endlose Menschengängen, auf der Auskunft sagt jeder etwas anderes, das Billet muß man zweimal umtauschen, bis man das richtige hat, und dann sitzt man noch, trotz Auskunft, „ohne Garantie“, wie es drohend heißt, im falschen Zug, bezahlt auch noch dafür, die Fahrkarte muß erst geschrieben werden, sie ist gar nicht vorrätig, sie kann auch nicht bis zur Endstation ausgestellt werden, nur bis zur Station vor der Douane. Dann im Regen hinaus mit den Koffern, man wird untersucht, geprüft, bekreidet, neue Fahrkarte, muß nachhaken, bezahlen, steht dann Schlange, um an der neuen Saargrenzstation sich die Karte in Franken einzukaufen. Das reine Wechselbureau. Fabelhafte Kurse schwirren. Man steht, wartet, hört Preise, die uns einen Vorgeschmack dessen geben, was uns in der Heimat erwartet. Endlich hinein in den leeren kalten Zug. Je näher man der Grenze kommt, desto leerer wird der Zug. Ich bin allein im Abteil. Das Bild des Zuges immer dasselbe. Erster Klasse leer, eine Dame mit großem rosa Kissenbuket breitet sich mit ihren neuen Mädlerröcken aus, ein paar blaurote Rüppis junger Offiziere, einige der seltenen Exemplare, an denen noch alles neu ist und patent. . . . keine Provinz-offiziere, härtig, säbelbeinig und fett — diese sind jung, parfümiert, gepudert, vielleicht auch forsettiert — ich weiß es nicht. Zweiter Klasse ebenfalls fast leer, einige Poilus räkeln sich gähnend, rauchend, spuckend auf den Polstern. Diese Wagen umgeht der Bürger ehrfurchtsvoll in weitem Bogen und begibt sich dahin, wo er hingehört — in die vierte Klasse oder, wenn der Zug keine solche hat, in Gottes Namen in die dritte. An diesem Abend wird der Frank mit 250 Mark bezahlt. Man kann sich also ausrechnen, was eine kurze Fahrt von vier, fünf Frank kostet.

Der erste Eindruck beim Betreten der Saarstädte überwältigt mich jedesmal. Volle Straßen, ein Menschengewoge, Autos rasen, hupen, fahren, man sieht, es ist noch voller, noch teurer, noch schmutziger hier geworden. Die flatternde Tricolore begrüßt uns am Bergwerksgebäude, man hört nur noch Französisch. Soldaten ziehen zur Wache, überall taucht die graublaue Uniform auf, das Militärauto mit den französischen Farben. Die Damenercheinungen, die uns die neue Welle über die Grenze hereingeweht hat, entsprechen keineswegs den Modebildern von Paris. Sie sind bunt, in ihren Capes, grotesken Hüten, und für unseren barbarischen Geschmack zu stark bemalt. Eine schwere Parfümwelle gleitet hinter ihnen her. Ein schönes gutgeschmittenes Gesicht sah ich noch nie, welcher Teint, krauses, schwarzes Haar, das Ohren und Augen halb bedeckt und unter den riesigen schiefgesetzten oder gebogenen schleifengeschmückten Hüten hervorquillt, die Toilette mehr auffallend als dezent, kurz, es ist „Provinz“, was man von Frauenercheinungen auf den Straßen sieht. Die Brüsselerin ist eleganter, hübscher, anmutiger und — viel frischer.

Die Läden werden belagert und gestürmt. Die Preise steigen täglich mit dem Frank, der wie eine Blume aufblüht, welkt, sich neigt und morgen wieder zu blühen anfängt. Man sieht Straßen, in denen jedes Haus eine Bank, eine Wechselstube birgt, und überall stehen Schlangen, vor den Pelzgeschäften, den Banken, den Passbureaus. In manche Häuser ist ein Loch geschlagen, man blickt in eine Höhle, in der noch nichts anderes zu sehen ist als eine Tafel, auf der der Frankkurs steht. Also wieder eine neue Bank, in der die Bergleute und Lothringer ihre Frank umwechseln, und vor der Gruppen junger, elegant gekleideter, zigarettenrauchender Jünglinge schon in der Morgenfrühe stehen, die nichts tun, als mit Devisen spekulieren. Ihr Beruf ist sehr primitiv: sie stehen Frank. Sie leben davon und leben gut. Man sieht sie in den Logen des pompösen großen neuen Kinos, in Bars und Cafés, sie

stellen die Lebewelt dar, die Blüten der neuen Zeit. Auf die Preise muß man sich erst einstellen. Ein Hase 2500 M. das Pfund, Butter 500, das Ei 100, ein Hemd 4000, ein Jackettostüm 35 000 M. Die Beamten mit Frankgehalt sind ja in der Lage, sie zu zahlen. Der Minister hat 100 000 Frank im Jahr! Der sogenannte deutsche Minister! Und der Frank steht schon lange zwischen 200 und 220 Mark! Auf den Bilderausstellungen kaufen sich die Arbeiter jetzt Gemälde zu 40-, 50- und 80 000 M. Die Bergleute kaufen sich Klubessel und stellen sie neben den Herd. Sie lassen sich kaum noch herausgeben. Auf 2000 M. sollen sie 20 M. herausbekommen. Lassen Sie nur. Sie winken der Kassiererin ab. Der Bergmann war immer nobel. Der Franzose ist sparsam. Es ist seine größte Tugend. Sie ist am verbreitetsten und sie ist ihre Stärke, diese Tugend macht diese Nation „sobre“, d. h. anspruchslos und bedürfnislos. Sie brauchen weder Vergnügungen noch Theater oder sonstige Kunstgenüsse, sie brauchen höchstens das Café und — ein gutes Essen. Ein Glück ist, daß den Saarländerinnen die neuen Herren nicht „liegen“. Sie gefallen ihnen nicht. Man kann daran nichts ändern. Es ist so. Und diese neuen Erscheinungen, die Damen in Capes und Stöckelschuhen, erwecken dem Saarländer höchstens ein erstauntes: „Sind das die berühmten Vertreterinnen von Grazie, Charme und Eleganz?“ Man verpißt aber dabei, daß zwischen dem Frankreich, das uns einmal in Kunst, Malerei, Literatur, Architektur und Mode vorbildlich war — und dem heutigen die Revolution steht, die Frankreich seiner Aristokratie, der Wissenschaft, der Köpfe beraubt hat. — Von dem Theater haben sich der erste Rang und das Parkett geleert, und was die Welt heute sieht, ist nur noch Galerie — und Stehparterre. . . . In der Architektur, der Malerei sind sie längst von Deutschland überflügelt, wir haben unsere eigene Malerei, wir brauchen keine fremden Vorbilder mehr — wir haben gelernt. Die Moden machen wir uns selbst, Wien ist jetzt Trumf, nicht mehr Paris! Und wer Pariser Operntruppen sieht und ihre Orchester hört, ihre Ausstattung auf der Bühne, fühlt sich in das vorige Jahrhundert versetzt, als noch der Ritsch triumphierte. In der französischen Provinz sind die Theater mangels Besuches geschlossen, oder es erscheint Donnerstags ein Hauberkünstler, der in schwachbeleuchtetem Saal keine Pfannkuchen im Zylinder bäckt. In unseren Provinzstädten gibt man Opern, deren Ausstattung in amerikanischen Blättern in spaltenlangen Aufsätzen besprochen werden. Unter den Tausenden von graublauen Soldaten, die dieses Land überschwemmen, sah ich vier elegante Erscheinungen, die an unsere Offiziere erinnerten. Es war ein Attache und drei Husaren-offiziere. Der erste sagte mir, er habe von Deutschland einen ganz anderen Eindruck erhalten, als er gedacht — er war entzückt von unseren geordneten, sauberen, schöngebauten Städten, von der Natur — den Frauen. Die drei Husaren waren hergekommen in der Meinung, mit offenen Armen empfangen zu werden — aber in der feindlich kalten Atmosphäre, die ihnen hier entgegenwehte, fühlten sie sich so wenig wohl, daß sie sofort wieder umkehrten. Lieber den Abschied, als hier leben. . . . Sie haben die Unterströmungen gefühlt, über die man in dem politischen Blätterwald so gern hinwegseht, und die vielleicht auch nur solchen fühlbar sind — die noch von der alten hochkultivierten Nation übrig-
-ckleben sind und nicht zur Galerie gehören —.



Der Heimat.

Der Heimat gilt's, ihr klingt so heut' wie morgen
Des Schicksals Hammerschlag in bitterer Not;
So lang und bang die Zeit in Schmach und Sorgen,
Auch dieser Nacht glüht einst ein Morgenrot.

Was du uns bist, wir fühlen's jetzt in Tränen;
Ob auch die Wolken zieh'n so grau und schwer,
Wir lieben dich, im Herzen deutsches Sehnen,
Wir lieben dich, im Leid uns heilig, hehr!

Zertret'nes Land, und doch so reich an Ehren,
Bedrückt, und doch ein ahnenstolz Geschlecht,
Wer möcht' da deutschem Geist und Blüte wehren
Den Ehrenkampf um Freiheit und um Recht!

Geduld! Es blüht dein Glück; mit starken Schwingen
Auf's neue schirmt's des Reiches freier Aar,
Dann wird es hell durch alle Lande klingen
Das Hohe Lied vom Deutschtum an der Saar.

(Albert Zühke in der „Saar-Großstadtbrille“).

Des Saargebietes Not unter der Fremdherrschaft.

Eine neue Gewalttat französischer Soldaten

wird aus Bruchmühlbach berichtet. Zwei der westlichen „Kulturträger“ erschienen nachts am Fahrkartenschalter des Bahnhofes und verlangten zwei Militärfahrkarten. Der diensthabende Beamte verweigerte solche weisungsgemäß und verabschiedete Karten 3. Klasse. Während der eine Soldat die Fahrkarte in den Schalter hineinwarf, zog der andere seinen Revolver und feuerte einen Schuß ab, der den Bergmann Agne aus Vogelbach traf, der auf einer Bank saß. Die Kugel durchschlug den linken Unterschenkel und drang in den rechten Fuß, wobei der Knochen zersplittert wurde.

Es gibt scheinbar keine Instanz, die das bedrückte Saarvolf von der blau-grau uniformierten Gefahr befreit. Es gibt keine Instanz, die die großen Rechte, die der Versailler Vertrag den Unterlegenen einräumt, schützt. Das französische Militär hält sich im Widerspruch zu den Bestimmungen des Vertrags im Saargebiet auf. Wird diese neue Ausschreitung ein Anlaß sein, endlich seinen Abtransport in die Wege zu leiten?

Solange nicht eine wirklich neutrale oberste Instanz zur sinn-gemäßen Anwendung der Versailler Diktatsbestimmungen besteht — der Völkerbund kann in seiner jetzigen Zusammensetzung niemals Anspruch auf diese Bezeichnung erheben —, solange wird auch die widerrechtliche französische Besatzung aus dem Saargebiet nicht verschwinden. Herr Rault hat zwar nach Genf an den Völkerbund berichtet, daß das französische Militär lediglich aus Ersparnisgründen im Saargebiet verblieben sei, da das Saargebiet finanziell nicht in der Lage sei, die Kosten für eine 4000 Köpfe starke örtliche Gendarmerie aufzubringen. Dariac, der französische Beauftragte zur Untersuchung der Annexionsmöglichkeiten im Rheinland und Saargebiet aber strait diesen amtlichen Bericht des Herrn Rault in seiner Geheimdenkschrift Lügen. Denn er sagt über diesen Punkt:

Die Regierungskommission, die der Völkerbundsrat mit der Regierung und Verwaltung des Saargebietes betraut habe, sei es gewesen, die den Völkerbundsrat gebeten habe, die französischen Truppen im Saargebiet zu belassen. Dies sei notwendig gewesen, um einerseits die Ordnung aufrecht zu erhalten, andererseits aber

Die für die französische Rheinarmee überaus wichtigen Verbindungswege zu sichern.

Dariac behauptet dann weiter, daß die Belassung der französischen Besatzung im Saargebiet, die eigentlich keine Besatzungsarmee, sondern eine lediglich der Verfügung der Regierungskommission unterstehende Polizeitruppe sei, nicht im Widerspruch mit den Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages stehe, da einmal laut Friedensvertrag der Regierungskommission des Saargebietes nicht vorgeschrieben sei, woher sie die Polizeimacht zur Aufrechterhaltung der Ordnung nehme, und da es außerdem nach Artikel 428 des Friedensvertrages das Recht der Alliierten sei, alle deutschen Gebiete westlich vom Rhein 15 Jahre lang besetzt zu halten, und der erwähnte Artikel keinerlei Einschränkung mache.

Man wird sich diese Ausführungen Dariacs merken müssen. Herr Rault verfügt danach über eine französische Truppenmacht, die einem Kommandierenden General im Range eines Divisionskommandeurs untersteht, Herr Rault hat die Beibehaltung dieser Truppen verlangt und sich damit in scharfen Widerspruch zu den Diktatsbestimmungen gestellt, denn diese besagen klar und deutlich:

„Im Saarbecken wird keinerlei Heeresdienst, weder pflichtmäßiger noch freiwilliger, geleistet; die Anlage von Befestigungen ist verboten.“

Es wird nur eine örtliche Gendarmerie zur Aufrechterhaltung der Ordnung eingerichtet.“

Die französische Besatzungstruppe verrichtet pflichtmäßigen Heeresdienst im Saargebiet, darüber ist sich Herr Rault genau so klar wie Herr Dariac, sie sind sich auch beide darüber klar, daß dieser pflichtmäßige Heeresdienst im Saargebiet unterlagert ist, für Deutschland wie für Frankreich. Herr Dariac widerspricht sich auch selbst, wenn er an der einen Stelle seines Geheimberichts sagt, „es sei schwierig, ein Polizeikorps in der Stärke von 4000 Mann aus der zum größten Teil lohnarbeitenden Bevölkerung des Saargebietes zu rekrutieren.“ und an anderer Stelle behauptet, es sei nicht vorgeschrieben, woher die Regierungskommission die Polizeimacht nehme. Nebenher bemerkt, spricht das Saarstatut nicht von einer Polizeimacht, sondern

von einer örtlichen Gendarmerie. Und örtlich bedeutet nach eigener Auslegung und Anwendung der Saarregierung „auf das Saargebiet beschränkt, aus dem Saargebiet stammend!“

Es tritt einen also überall das Bemühen der Saarregierung und Frankreichs entgegen, die Bestimmungen stets so auszulegen, daß sie sich zugunsten Frankreichs, gegen die Auffassung der Saargebietsbevölkerung, zum Schaden Deutschlands auswirken.

Für die

Zollschikanen der Franzosen

ist folgender Vorfall, der aus Saarbrücken gemeldet wird, bezeichnend: Die Handelskammer hatte sich bemüht, mit Rücksicht auf die Knappheit der Zwiebeln im Saargebiet vom Reiche ein bedeutendes Kontingent zur Ausfuhr nach dem Saargebiet freizubekommen. Eine Sendung von zwei Waggons traf nun an der Saargrenze ein, wurde aber von der französischen Zollverwaltung nicht durchgelassen, obwohl der deutsche Ursprung der Sendung einwandfrei von der Handelskammer nachgewiesen wurde. Der zuständige Herr Verificateur fand den Nachweis eben nicht genügend, und deshalb können die kostbaren Zwiebeln verderben!

Bei den großen Schwierigkeiten der Lebensmittelversorgung für das Saargebiet und angesichts der bedeutenden Opfer, die sich Deutschland auferlegt, um der minderbemittelten Bevölkerung noch von seinen knappen Rationen mitzuteilen, darf wohl mit Zug verlangt werden, daß die Zollverwaltung nicht durch engstirnigen Bureaufkratismus bedeutende Ernährungswerte zugrunde gehen läßt. Oder — versucht man eine andere Methode, die Herzen der Saardeutschen zu gewinnen, nachdem die bisher angewandten fehlgeschlagen sind?! Dieses Verhalten der französischen Zollverwaltung in engster Zusammenarbeit mit der Saarregierung läßt aber auch die Schlussfolgerung zu, daß beide durch erschwerte Einfuhr billiger deutscher Lebensmittel die hungernden Markempfinger bis zur Verzweiflung treiben wollen, um sie ihren Franzöfierungsbestrebungen gefügig zu machen. Ein solches Verfahren grenzt nicht, es ist vollendetes Verbrechen an Leben und Gesundheit eines Volkes. Frankreich und seine Handlanger setzen also die während des Krieges bewährte Hungerblockade „im Namen des Rechts und französischer Zivilisation“ trotz „Friedensvertrags“ fort.

In welcher Weise sowohl die Saarregierung wie die französische Grubenverwaltung die

Frankenforderungen erpreßt

hat, hat sich sowohl bei der Einführung der Frankenzahlungen bei Eisenbahn und Post (entweder Frankenzahlungen oder Verweigerung jeder Gehalts- und Lohnerhöhungen!) wie bei den Kommunalverwaltungen gezeigt. Ein neuer Fall wird soeben wieder aus Riegelsberg bekannt. Die Generaldirektion der Saargruben machte die weitere Zahlung von Subventionen an die Saarbrücken-Riegelsberger Straßenbahn davon abhängig, daß die Fahrpreise in Zukunft in Franken erhoben werden. Die genannte Straßenbahn dient in erster Linie der Beförderung der Saarbergleute aus ihren Wohnorten zu den Kohlenhöfen. Sie wurde seinerzeit mit Unterstützung des Preussischen Bergfiskus gebaut mit der Zusicherung laufender Subventionen. Die Einstellung des Betriebes würde also in erster Linie zum Schaden der Bergleute sein, die auf diese Bahnverbindung angewiesen sind. Wenn heute von der französischen Bergverwaltung die Weiterzahlung der seinerzeit durch den Preussischen Bergfiskus garantierten laufenden Subventionen davon abhängig gemacht wird, daß die Straßenbahngesellschaft Frankentarife einführt, so wird damit erneut bewiesen, daß es sich bei der Uebertragung der Saargruben an Frankreich weniger um Reparationsmaßnahmen, sondern um politische Ziele gehandelt hat, die damit verfolgt wurden. Ähnliche Beweise hat die französische Grubenverwaltung wiederholt geliefert, und in unserm heutigen Leitartikel wird das zahlenmäßig nachgewiesen.

Die demoralisierende Wirkung des Franken

auf die viel verdienende Jugend des Saargebietes konnte man auf der Baumholder Kirchweih drastisch vor Augen geführt bekommen. Dort belegte eine Anzahl Burtschen, die im Saargebiet arbeiten, ein Lokal, in dem nur Kirchweihbesucher zugelassen wurden, die über einen Zehntausendmarktschein verfügten. Ein Burtsche hatte zehn Tausendmarktscheine an seinen Hut gesteckt. Ein anderer ließ sich am frühen Morgen für mehrere tausend Mark von der Kapelle „gleich einem Schützenkönig“ nach Hause begleiten.

Die Saarpresse, die über diesen Vorfall berichtet, hat recht, wenn sie schreibt, daß diesen Lausbuben die Achtung vor der Arbeit und das Bewußtsein vom Wert des Geldes durch ein so recht drastische erzieherische Mittel beigebracht werden sollte. Die eigentlich Schuldigen an dem sittlichen Niedergang gewisser Volksschichten im Saargebiet aber sind diejenigen, die das Währungs-elend durch die Einführung des Franken in dem rein deutschen Lande heraufbeschworen haben.

Der Abstimmungskommissar für das Saargebiet,

der frühere Vizekanzler der schweizerischen Eidgenossenschaft, Bonzon, hat sich in das Saargebiet begeben, um sich über seine Aufgaben zu unterrichten. Bekanntlich wurde Bonzon vom Völkerverbund beauftragt, die Volksabstimmung im Saargebiet vorzubereiten. Es ist zu hoffen, daß Herr Bonzon zu den wenigen Persönlichkeiten gehört, die ihren Auftrag loyal ausüben. Er wird viel Arbeit vorfinden, um die französischen Verschleierungsversuche zu nichte zu machen.

von Halfern-Spende für Notleidende des Saargebietes.

Für die v. Halfern-Spende stiftete Postrat und früherer Leiter der Oberpostdirektion des Saargebietes Kirchhoff 2000 Mark mit folgenden Begleitworten:

„Als bescheidenen Beitrag zur „Halfern-Spende für Notleidende des Saargebietes“ gestatte ich mir, beifolgend Ihnen die Summe von M. 3000 zu überweisen. Ich habe die Bein des ferndeutschen Landes zur Genüge aus eigener Erfahrung kennen gelernt, habe ich doch in ihm nur unter den unerhörtesten Schwierigkeiten eine deutsche Oberpostdirektion einrichten können.

Mögen die Saarländer wissen, daß wir im Deutschen Reiche mit ihnen leiden und fühlen. Ich bin überzeugt, daß sie nach Ablauf der 15 Jahre ihre unverbrüchliche Zugehörigkeit zu unserem deutschen Vaterland durch die Tat beweisen werden.“

Zuwendungen der Ortsgruppe Frankfurt a. M. des Bundes „Saar-Verein“ als Teilerlös aus dem Wohltätigkeitskonzert im Café Corso M. 5000.—. — Damit ist die v. Halfern-Spende für Notleidende des Saargebietes bereits angewachsen auf M. 60 000.—.

Ein interessanter Beleidigungsprozeß.

Im vorigen Jahre wurde um die Villa Regroth in Saarbrücken ein heftiger Kampf zwischen einigen Dunkelmännern, die das Besitztum den Franzosen in die Hände spielen wollten, und dem sozialdemokratischen Stadtverordneten Gerhardt aus Saarbrücken, geführt. (Gerhardt suchte die Villa sozialen Zwecken dienstbar zu machen.) In einer Versammlung des sozialdemokratischen Vereins polemisierte Gerhardt bei Behandlung der Angelegenheit u. a. auch gegen den Sattlermeister und Kaufmann Paul Dietrich, Eisenbahnstraße 41, wohnhaft. Dietrich fühlte sich beleidigt und stellte gegen Gerhardt Strafantrag. Er behauptete, Gerhardt solle gesagt haben, die Villa würde von ihm auf 15 Jahre zu „Klein-Monaco-Zwecken“ vermietet werden, und der Privatkläger erreiche das mit französischem Kapital. In einem Schriftsatz, den Dietrich als Antwort auf die Klagebeantwortung Gerhardts einreichte, waren eine Anzahl Beleidigungen gegen Gerhardt enthalten, die diesen wiederum zur Widerklage veranlaßten. Dietrich behauptete, Gerhardt habe sich als Schädling der Allgemeinheit gezeigt, da er als Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates geduldet habe, daß für diese Institution 5 Millionen Mark aus Reichsgeldern verwandt wurden; er habe auch Mitglied der Regierungskommission werden wollen.

Obgleich Dietrich für die jetzt stattgefundenen Verhandlung eine ganze Reihe Zeugen geladen hatte, blieb von den Anwürfen gegen Gerhardt nicht ein Tüpfelchen hängen. Von Gerhardt wurde richtig gestellt, daß der A- und S-Rat seinerzeit nicht 5 Millionen Mark aus Reichsmitteln verwandt habe, sondern nur etwa 90 Tausend Mark, mit deren Beschaffung er selbst aber nichts zu tun hatte.

Das Gericht kam zur Freisprechung Gerhardts und verurteilte Dietrich zu einer Geldstrafe von 800 M. und zur Tragung der gesamten Kosten. In der Urteilsbegründung wurde betont, daß Gerhardt nur strenge sachliche Kritik geübt habe. Da er in Wahrnehmung berechtigter Interessen handelte, sei ihm der Schutz des § 193 zuzubilligen.

Ueber die Rolle, die Herr Dietrich bei der Angelegenheit, die zu der Klage führte, gespielt hat, hat der Prozeß leider keine Klarheit gebracht. Wisseunde munkeln jedoch, daß Gerhardt nicht so ganz unrecht gehabt haben soll.

Kleine Tageschronik.

Saarbrücken. Das Stadttheater wurde nach vollendetem Umbau mit einer künstlerisch starken Aufführung des „Fiesco“ mit Josef Wagner in der Titelrolle eröffnet. Die Spielleitung lag in Händen des neuen Intendanten Ernst Martin. — Die Bevölkerungszahl Saarbrückens ist im Monat Oktober wiederum um 176 Personen gestiegen; die Stadt hat jetzt 59 174 männliche und 58 465 weibliche Einwohner, zusammen also 117 639. — Der Preis für ein Bierpfundbrot, das auf Brotmarken abgegeben wird, beträgt ab 12. 11. 22 320 Mark. — Die Straßenbahn hat die Fahrpreise abermals erhöht. Die billigste Fahrt über zwei Teilstrecken kostet nunmehr 80 Mark. Der Tarif erhöht sich für jede weitere Teilstrecke um 40 Mark. — Für die im Weltkrieg gefallenen Schüler der Oberrealschule wurde ein Denkmal auf dem großen Hofe der Anstalt errichtet. Es stellt ein offenes Säulentempelchen in einem Halbkreis dar, in dessen Mitte drei große Gedenktafeln die Namen von 141 Schülern und zwei Lehrern tragen, die im Weltkrieg ihr Leben lassen mußten. Die hohen Kosten zur Errichtung des Denkmals wurden durch freiwillige Spenden aufgebracht. — Der Verein der Beamten und Angestellten der Stadt Saarbrücken hat beschlossen, zugunsten der Altershilfe auf $\frac{1}{2}$ Prozent des Gehaltes (eine Arbeitsstunde) zu verzichten und die Stadt zu bitten, auch ihrerseits einen Betrag in der gleichen Höhe der Spende zur Verfügung zu stellen. — Für die Witwen und Waisen der mittleren und unteren Postbeamten wurden unter dem Personal des Postamtes 2 (Bahnhof) im letzten Monat über 700 Franken gesammelt. Ähnliche Beträge waren auch schon in den vorhergegangenen Monaten eingegangen. — Ein schwerer Unfall ereignete sich auf dem Hauptbahnhof. Als ein Oberbahnassistent die Gleise überschritt, wurde er von einer herankommenden Lokomotive erfasst und zu Boden geschleudert, wobei er so unglücklich zu liegen kam, daß ihm die Maschine über beide Beine ging. Im Krankenhaus ist der Verunglückte seinen Verletzungen erlegen. — Erstochen wurde in den frühen Morgenstunden in der Saarstraße ein ruhig seines Reges kommender Radler namens Johann Schmidt von dem Arbeiter Reinenbach aus Niedersalbach, ohne daß vorher irgendein Wortwechsel stattgefunden hätte. Der Stich, der mit einem Taschenmesser ausgeführt wurde, hatte den sofortigen Tod zur Folge. Der Messerlump wurde verhaftet. — Ein ungetreuer Postaus Helfer wurde festgenommen und dem Amtsgericht vorgeführt. Er hatte einen Betrag von 2305 Franken, die einer hiesigen Firma gehörten, unterschlagen und war damit flüchtig gegangen. — Ein Krankenschwäger, der auf frischer Tat abgefaßt wurde, entpuppte sich auf der Polizeiwache als ein russischer Graf, der durch die russische Revolution um Vermögen und Stellung gekommen ist. — Durch seinen Hausburschen und ein Kindermädchen, die ihm in den letzten drei Monaten Silberbesteck im Werte von insgesamt 275 000 Mark gestohlen haben, wurde ein Wirt schwer geschädigt. — Vor dem Sondergericht hatten sich zwei Bauern unter der Anklage der Milchpreistreiberei zu verantworten. Sie hatten 70 Centimes für einen Liter Milch verlangt. Jeder wurde zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt — angesichts des hohen Profits, den die beiden hatten, eine sehr milde Strafe.

Altentessel-Neudorf. Das in der Richardstraße gelegene Großlage-Wohnhaus (früher Verner) ging zum Preise von 18 000 Franken in den Besitz des Bergmanns Peter Meyer-Schröder aus Großwald über.

Donitzthal. Auf dem in der Nähe von Ottenhausen liegenden Ditzschach der Grube Gerhardt ereignete sich eine Schloometerexplosion. Mehrere Bergleute, darunter Kaufmann und Renno aus Gersweiler, erlitten Brandwunden, die ihre Überführung ins Knappschaftslazarett Völklingen notwendig machten.

Völklingen. Es ist beabsichtigt, hier ein Friederdenkmal zu errichten. Bei der Gemeindevorhalle ist ein besonderes Konto eingerichtet worden, auf das freiwillige Gaben zur Ausführung des Beschlusses entgegengenommen werden.

Geislautern. Wegen Mordversuchs auf seine Frau, die er zu vergiften suchte, wurde ein Gelegenheitsarbeiter zur Anzeige gebracht; die Untersuchung ist gegen ihn eingeleitet worden.

Saarlouis. Die Sammlung für die Altershilfe der Stadtbezirke 1 und 2 erbrachte ein prächtiges Resultat. Das der Einwohnerchaft ein glänzendes Zeugnis ausstellt: 1 319 080.20 Mark werden als Einnahme verzeichnet. — Das Hotel „Zwei Hafen“ nebst Inventar ging zum Preise von 7 Millionen Mark in den Besitz des Kaufmanns Wolter über, der es zu einem großstädtischen Geschäftshaus umzubauen beabsichtigt. — 10 Franken für einen Zentner Kartoffeln verlangte und erhielt ein hiesiger Landwirt. Der Mann wurde zur Anzeige gebracht. Anzeigiat wurden auch drei Personen, die die Milch zu 80 und 85 Centimes verkauften.

Neuklingen. Die Giebelwand eines Neubaus stürzte ein und begrub vier Männer unter sich. Drei von ihnen konnten nach

Anlegung eines Rotverbandes nach ihren Wohnungen geschafft werden, der vierte, Peter Biewer aus Guersfangen, erlitt einen Bruch des linken Unterarmes und eine Quetschung der Brust; er mußte nach dem Krankenhaus Dillingen überführt werden.

Emmersweiler. Wegen Unstimmigkeit zwischen dem Ortsvorsteher und der Gemeindevorstellung haben von 12 Gemeinderatsmitgliedern 10 ihr Amt niedergelegt.

Al-Blittersdorf. Als vor der Schleuse der Saarschleppdampfer „Hugo“ klar machen wollte, trieb die starke Strömung das Schiff gegen ein ebenfalls vor Al-Blittersdorf liegendes Saarschiff an. Der Maschinist Giebel aus Neunkirchen wollte den Anprall durch Anstemmen seines Beines abmildern, rutschte aber aus und fiel zwischen die beiden Schiffe. Dabei zog er sich so schwere Quetschungen zu, daß er zwei Tage nach dem Unfall starb. Der so tragisch ums Leben gekommene führte als Marineoffizier im Kriege denselben Dampfer „Hugo“, der zu Hilfsdienstzwecken in der Nordsee kreuzte.

Sulzbach. Von der Ortsgruppe Heidelberg des Bundes „Saarverein“ wurde dem katholischen Schwesterhaus 10 000 Mark und für Altershilfe 13 000 Mark überwiesen.

Schnappach. Im Verlaufe einer Familienstreitigkeit erstach der Glasmacher Josef Mart aus Sulzbach seinen hier wohnenden Bruder Jacob in dessen Wohnung.

St. Ingbert. Die Straßensammlung zugunsten der Altershilfe ergab den Betrag von 86 529 Mark, 19 Franken und 5 Centimes. — Die Postbeamten haben für die Altershilfe 199 Franken bei der Volksbank abgeliefert.

Neunkirchen. Die Stadtverordnetenversammlung nahm in ihrer letzten Sitzung einstimmig eine Entschließung an die Saargebietung gegen den Wucher auf dem Gebiete der Lebensmittel- und Milchversorgung an. Es heißt darin u. a.: „Diese Preise haben in der Stadtverordnetenversammlung schwere Bedenken und Enttäuschungen ausgelöst. Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt die Verwaltung, die Regierungskommission zu bitten, durch ein unparteiisches Schiedsgericht angemessene Milchzeugerpreise festzusetzen, deren Uebertretung mit Freiheitsstrafen geahndet wird. Die saarländischen Milchzeugerpreise stehen nach Auffassung der Stadtverordnetenversammlung weder in einem gerechten Verhältnis zu den Gestehungskosten, noch insbesondere zu den Preisen in den teuersten benachbarten deutschen Gebieten. Mit Rücksicht auf die eminente volkswirtschaftliche und gesundheitliche Bedeutung der Frage wird entschiedener Wert auf die schnelle Erledigung durch die Regierungskommission gelegt. Deshalb ersucht die Stadtverordnetenversammlung die Verwaltung, möglichst bis zur nächsten Sitzung eine Erklärung der Regierungskommission über das Ergebnis dieses Beschlusses herbeizuführen.“ — Der Neubau des Bahnhofes ist soweit vorgeschritten, daß die privaten Wohnungen noch im Laufe dieses Jahres bezogen werden können. — Die Ortsgruppe des Gewerkschafts der Metallarbeiter (Hirsch-Dunker) hat beschlossen, die für ihre Mitglieder vorgesehene Winterfestlichkeit wegen der großen Not, in der viele Volksteile leben, nicht stattfinden zu lassen. Die Summe von 75 000 Mark, die für das Fest bestimmt war, wird den Waisen und der Altershilfe zugeführt. — Aus einer Sammlung der Eisenbahnbeamten und -Arbeiter zu wohltätigen Zwecken wurden dem evangelischen Kinderheim 75 000 Mark überwiesen. — In das Kaufhaus Henoch drangen Diebe ein und entwendeten Waren im Werte von rund 2 Millionen Mark. Ein Teil der Beute wurde im Walde versteckt vorgefunden.

Wieselskirchen. Eine Spende in Höhe von 400 000 Mark stellten der Mühlenbesitzer A. Blum und der Spar- und Kreditverein der Armenkommission zur Verfügung. Mit dem Gelde wurden 115 minderbemittelte Personen bedacht.

Ottweiler. Die Mehrgewinnung für die Kreise Ottweiler und St. Wendel hat für die Altershilfe den Betrag von 100 000 Mark zur Verfügung gestellt.

Homburg. An der Grenzstation Waldmohr wurde ein Radfahrer durch einen Zollbeamten erschossen. Der Betreffende versuchte, ohne Kontrolle über die Grenze zu kommen, und beachtete die Warnungsrufe des Beamten nicht.

Erbach. Die vier neuen Glocken für die katholische Kirche wurden feierlich geweiht. Ihr erstes Geläut galt den im Weltkrieg Gefallenen der Gemeinde.

Büdingen. Ein Kindesmord hält hier die Gemüter in Aufregung. Eine bei einem hiesigen Landwirt im Dienst stehende Magd unterhielt mit ihrem Arbeitgeber Verkehr, der nicht ohne Folgen blieb. Nach der Niederkunft begrub die Mutter nachts das Kind im Hausgarten, wo es am anderen Tage von der Gendarmerie gefunden wurde. Die Sektion der Leiche ergab, daß das Kind erwürgt worden ist. Unter dem Verdacht der Mittäterschaft wurde auch der Landwirt, bei dem die Magd in Diensten war, verhaftet.

Personalnachrichten.

Vom Gericht. Landgerichtsrat Schäfer beim Landgericht Saarbrücken ist zum Landgerichtsdirektor ernannt worden.

Aus dem Saarbrücker Stadtparlament. Für den verstorbenen kommunistischen Stadtverordneten Fries trat Herr Höhler, für den ausgeschiedenen Stadtverordneten Brühl vom Zentrum Frau Forststrat Terstesse in das Stadtverordnetenkollegium ein.

Aus kommunalen Verwaltungen. Zum Standesbeamten von Achterfangen wurde der Küster und Organist Friedr. Gnaue ernannt; seine Stellvertreter sind der Postagent Friedr. Ulrich und der Bäckermeister Friedr. Wilt. Jochem.

Aus dem Schulleben. Die Aufsicht über die gewerblichen Fach- und Innungsschulen der Kreise Ottweiler und St. Wendel wurde Herr Direktor Gilla aus Neunkirchen übertragen. — Auf fünfzigjährige Tätigkeit im Schuldienste konnte Herr Rektor Schmitt in Ensdorf zurückblicken.

Aus dem Kunstleben. Dr. Bodo Wolf, der bekannte Saarbrücker Komponist und Dirigent, erhielt einen Ruf an die neu errichtete städtische Akademie der Tonkunst in Darmstadt, dem er Folge zu leisten gedenkt.

Goldene Hochzeit feierten die Ehepaare Johann Bredel in Neunkirchen, Franz Werth in Schiffweiler und Math. Speicher in Verlen. Die drei Jubelpaare erfreuen sich bester Gesundheit.

Ein wohlverdienter Fünfzigjähriger. Der Leiter des weitverzweigten Röschlingkonzerns, Herr Kommerzienrat Hermann Röschling, beging vor kurzem seinen fünfzigsten Geburtstag. Der seltenen Tatkraft dieses Mannes, der über den wirtschaftlichen Weitblick und über die glänzende Organisationsgabe verfügt, die einen Industriellen erst zu einem Führer des Wirtschaftslebens machen, verdankt das Haus Röschling seine im deutschen Wirtschaftsleben Achtung gebietende Stellung, verdankt aber auch das Saargebiet ein industrielles Wert, das Tausenden von Arbeitern, Angestellten und Beamten lohnende Beschäftigung gewährt. Als weitsehender Führer des Wirtschaftslebens hat Herr Röschling stets sein ganzes Können in der uneigennützigsten Weise in den Dienst der saarländischen Wirtschaft gestellt. Auch nach der Abtrennung des Saargebietes war sein oberstes Bestreben, den deutschen Charakter des vor ihm vertretenen Industriekonzerne allen fremden Einflüssen gegenüber zu erhalten. Herr Röschling hat trotz aller Bemühungen der französischen Industriellen, denen es gelang, sich in fast allen saarländischen Industrieunternehmen eine französische Kapitalmehrheit zu sichern, seinem Hause die Führung des Röschlingischen Eisenwerkes in Böblingen zu erhalten gewußt. Aber nicht nur als Industrieller und Führer des Wirtschaftslebens hat er seiner Heimat unschätzbare Dienste geleistet; auch auf politischem Gebiete hat er als ein treuer Sohn seiner Heimat stets in der ersten Reihe gestanden, wenn es galt, die Belange des Deutschthums gegenüber allen Bestrebungen zu verteidigen, die darauf abzielten, das Saargebiet von dem Mutterlande zu entfremden. Er war es, der dank der weitreichenden Beziehungen, über die er als Industrieller verfügt, zum ersten Male die Verbindung der Saarbevölkerung mit dem Völkerbunde in Genf herstellte; er war es, der den zahlreichen Delegationen der Saargebietsbevölkerung, die so mannhaft für die Rechte der Heimat in Genf eingetreten sind, die Wege dahin geebnet hat. Damit hat er sich die Sympathien der gesamten deutschen Bevölkerung im Saargebiet, auch der Kreise, die ihm politisch nicht unmittelbar nahe stehen, erworben. Möge die starke Schaffenskraft dieses Mannes unserer Heimat auch in den kommenden Jahren, die der deutschen Saarbevölkerung noch manchen harten Kampf aufzwingen werden, erhalten bleiben.

Todesnachrichten. Gastwirt Karl Siegel; Magazinarbeiter Josef Vicari; Veteran Christian Sahrer, 76 Jahre; Frau Anna Görbig, geb. Nikolaus, 25 Jahre; Kaufmann Kaver Gilaemann, 41 Jahre; Jakob Milsau, 61 Jahre; Lokomotivführer a. D. Joseph Fischer, 78 Jahre; Eisenbahnbetriebsingenieur Hans Eichenberg, 49 Jahre; Witwe Karoline Traub, geb. Siegel, 68 Jahre; Witwe Luise Sander, geb. Knipper, 64 Jahre; Karl Manenfels, 53 Jahre; Witwe Katharina Reibel, geb. Reiz, 85 Jahre; Witwe Luise Loh, geb. Reiz, 75 Jahre; Pensionär August Schnubel, 73 Jahre; Karl Dieudonné, 49 Jahre; Witwe Gömmel, geb. Döfler, 65 Jahre; Franz Alois Hinz, 20 Jahre; Wenzelmeister Otto Edel, 34 Jahre; Frau Büch, geb. Scherer, 45 Jahre; Witwe Angela Lenhof, geb. Breuer; Johann Vogel, 15 Jahre; Witwe Henriette Hoffmann, geb. Baum, 70 Jahre, sämtlich in Saarbrücken. — Maschinensteiger a. D. Christian Kaps, 66 Jahre, in Altkessel. — Frau Karoline Streccius, geb. Diebold, 56 Jahre; Johann Lieser, 64 Jahre; Frau Anna Maria Schömer, 86 Jahre; Helene Petry, 26 Jahre; Katharina Weber, 77 Jahre, sämtlich in Böblingen. — Peter Balzer; Martha Paul, 15 Jahre, beide in Büttlingen. — Hüttenarbeiter Johann Franzen, 56 Jahre; Frau Maria Schmidt, geb. Mühlen, 49 Jahre, beide in Wehrden. — Gastwirt Joseph

Bauer, 61 Jahre, in Riegelsberg. — Friedrich Schröder, 39 Jahre, in Heusweiler. — Johann Krauser, 20 Jahre, in Auersmacher. — Hans Bäch, in Bous. — Gastwirt Johann Rupp; Friedrich Winter, 54 Jahre, beide in Schwalbach. — Peter Hoff-Beder, 62 Jahre, in Hülzweiler. — Frau Katharina Kühn, geb. Ostel, 56 Jahre; Frau Maria Suffel, geb. Kronenberger, 51 Jahre, beide in Ensdorf. — Mathias Tilt, in Eisdorf. — Josefine Annen, 17 Jahre, in Picard. — Adolf Kiefer, 21 Jahre, in Differten. — Anna Warken, geb. Magimi, 46 Jahre; Witwe Barbara Klein, geb. Groß, 68 Jahre; Frau Katharina Döfler, geb. Hahn, 51 Jahre; Paula Lewy, 19 Jahre, sämtlich in Saarlouis. — Nikolaus Hector, 83 Jahre, in Pachten. — Witwe Hurth, 80 Jahre, in Kehlringen. — Bürgermeistervertreter Johann Paul, in Saarwellingen. — Frau Mathilde Warth, geb. Conrad, 72 Jahre; Schreinermeister Jakob Hanauer, 40 Jahre, beide in St. Ingbert. — Frau Anna Mang, geb. Müller, in Elversburg. — Lederhändler Johann Hoffmann, 65 Jahre; Hüttenarbeiter Hermann Machheim, 19 Jahre; Geschäftsführer Karl Giebel; penf. Bergmann Georg Schmidt, 63 Jahre; Witwe Bollinger, geb. Bauer, 73 Jahre, sämtlich in Neunkirchen. — Penf. Bergmann Peter Burghardt, 72 Jahre, in Wollesweiler. — Haaf Schwarz, gen. Seligmann, 83 Jahre, in Illingen. — Pfarrer Rudolf Ziegler, in Limbach. — Oskar Karl Walter, 8 Jahre, in Homburg. — Frau Emma Cahn, geb. Grünebaum, 62 Jahre, in Merzig. — Außerhalb des Saargebietes starben: In Redargemünd Ingenieur Rudolf Strid, 65 Jahre, aus Böllingen; in Wehlar Willy Severing, 43 Jahre, aus Böllingen; in Frankenthal Georg Peter Bohr, früher Filialleiter in Saarbrücken; in Offenbach Postverwalter a. D. Karl Heinrich Reutler, 76 Jahre, aus Schnappach; in Barcelona Frau Carmen Hellinger, geb. Comas y Cabadas, 48 Jahre, Gattin des Herrn Hellinger aus Merzig.

Sport.

Gerätewettkämpfe des Saarverbandes der Deutschen Turnerschaft. Das zweite Geräteturnen des Saarverbandes der Deutschen Turnerschaft wird Sonntag, den 10. Dezember d. J. im Saalbau zu Saarbrücken abgehalten werden. Außer dem Einzelwettturnen an Reck, Barren und Pferd von 100 Turnern und 100 Turnerinnen, ist ein Wettturnen der Gauen untereinander vorgesehen, zu dem jeder der fünf Gauen die acht besten seiner Turner stellen wird.

Aus den Gemeinde- und Kreis-Verwaltungen.

Die außerordentlich traurige Finanzlage der saarländischen Gemeinden ergibt sich aus einem Bericht, den der Bürgermeister von Graulautern über den jetzigen Stand der Gemeindefinanzen gab. Danach verlangten die außerordentlichen Etatarbeiten einen Aufwand von 25 Millionen Mark, von denen jedoch erst 10 Millionen aufgebracht sein. Der Rest könne nur auf dem Anleihewege beschafft werden. Da dies auf dem deutschen Kapitalmarkt unmöglich sei, bliebe der Gemeinde nichts anderes übrig, als ihre Arbeiten einzustellen oder durch Aufnahme einer Frankenanleihe Kapital zu verschaffen. Der Gemeinderat beschloß daraufhin einstimmig die Aufnahme einer entsprechenden Frankenanleihe bei dem Knappschaftsverein in Saarbrücken, die mit 6½ Prozent verzinst und mit 10 Prozent getilgt werden soll.

Aus dem Partei- und Gewerkschaftsleben.

Die Ortsgruppe Saarbrücken des Deutschen Eisenbahner-Bandes (freigewerkschaftlich) mußte wegen kommunistischer Quertreibereien, die eine ersprießliche Gewerkschaftsarbeit nicht ermöglichten, aufgelöst werden. Mit ihrer Neugründung ist — unter Ausschaltung der radikalen Elemente — begonnen worden.

Aus dem Saarwirtschaftsleben.

Kranzösische Klagen über „saarländische Konkurrenz“.

Die französische Zeitschrift „Le Peuple“ befaßt sich mit der Glasindustrie an der Saar. Der Sekretär der Glasarbeiter-Union, Ch. Delant, beklagt sich in diesem Artikel über die schwere Konkurrenz der Saarglöhren in Frankreich, und er verlangt nach Mitteln, die dazu führen, die Produktion an der Saar ebenso teuer zu gestalten wie in Frankreich, um zu vermeiden, daß die französischen Arbeiter unter der Saarkonkurrenz leiden. Hierzu gehören nach seiner Ansicht Frankenzölle in Höhe der französischen, wobei noch darauf hingewiesen wird, daß die Saarindustrie die Möglichkeit hat, billige deutsche Rohstoffe zu beziehen.

Dazu ist zu bemerken: Materialien sind genau so teuer in Deutschland wie in Frankreich, und Kohlen haben den hohen Frankenzoll. Der Export nach Frankreich bleibt zurück hinter dem Export der Vorkriegszeit, die Saarglöhren haben ihr ihnen zustehendes Kontingent zollfreier Einfuhr nach Frankreich gar nicht ausnützen können, da der dortige Markt nicht aufnahmefähig genug ist. Auf die Dauer können die Saarglöhren mit den französischen Glöhren auch gar nicht konkurrieren. Man kann es daher verstehen, daß die Saarglöhren sich sträuben, dem Wunsche des Herrn Delant, Frankenzölle einzuführen, zu entsprechen. Sie haben bereits die Kohlenpreise in Frankreich, dazu Fracht in Frankreich, und sie würden sich der letzten Konkurrenzmöglichkeit begeben, wenn sie die letzte Basis, die es ihnen gestattet, das deutsche Geschäft noch zu pflegen, verließen, indem sie auch zu Frankenzöllen übergingen. Der Artikel im „Peuple“ beweist nur das eine Schlagend, daß es der größte Unsinn war, das Saargebiet wirtschaftlich mit dem französischen Zollgebiet zu vereinen. Heute erregen bereits 15 Prozent Import von der Saar die Gemüter in Frankreich. Wie wird es erst werden, wenn in drei Jahren nach restlosem Zollanschluss die ganze Produktion in Frankreich Absatz suchen muß? Frankreich hat eben in seinem politischen Imperialismus die wirtschaftlichen Folgen unberücksichtigt gelassen. Dies hätte Herr Delant in seinem Artikel sagen sollen, und dann hätte er den Nagel auf den Kopf getroffen.

Die Generalversammlung der Ehrhardt und Sehner A.G. beschloß, das Aktienkapital entgegen der ursprünglichen Absicht, die nur eine Verdoppelung vorsah, von 20 auf 60 Millionen Mark zu verdreifachen. Sämtliche junge Aktien werden den Aktionären im Verhältnis 2:1 zu 375 Prozent angeboten. Ferner genehmigte die Generalversammlung den Abschluß für das Geschäftsjahr 1921/22 und setzte die Dividende auf 30 Prozent (im Vorjahre 8 Prozent) fest.

Die wirtschaftliche Franzöisierung. Wie man hört, hat der Elektrizitätswerksbesitzer Sengig in Geislauren sein Betriebswerk zum Preis von 1¼ Mill. Mark an eine französische Gesellschaft verkauft.

Aus dem Saarbergbau.

Die Lage der Saarbergarbeiter, die sich nach einem Bericht eines französischen Blattes nach dem Uebergang der Saargruben an Frankreich wie im Himmel fühlen sollen, beleuchtete eine stark besuchte Belegschaftsversammlung der Berginspektion I in Schwalbach. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wird das Verhalten der Berginspektion scharf gekennzeichnet. Die Belegschaft verlangt ferner in der Entschließung, daß man ihren Wünschen und Beschwerden in Zukunft mehr wie bisher anständiges Entgegenkommen an den Tag legt. Sehr scharf kritisiert die Belegschaft das Prämien- und Antreiber-system. Die Versammlung stellt fest, daß auf der Tagesstrecke Knausholz sehr schlechte Wetterführung vorhanden ist. Leben und Gesundheit stehen in Gefahr. Den Leuten ist es angst, vor und nach der Schicht die Wetterstrecken zu passieren. Die Belegschaft mißbilligt die ungerechten hohen Strafen der Kameraden und verlangt genaueste Prüfung sämtlicher Fälle. Die Belegschaft lehnt das freundliche Entgegenkommen (Weihnachtsbescherung) entschieden ab. Sie verlangt einen ausreichenden Gehaltslohn, um ihre Kinder selbst besorgen zu können. Die Belegschaft besteht auf ihrem alten verbrieften Recht, die anzulegenden Bergleute aus den Reihen der Angehörigen der Mitglieder des bestehenden Rekrutierungsbezirktes zu entnehmen. Auch sind zunächst die allverlegten Belegschaftsmitglieder nach anderen Inspektionen zurückzuverlegen, ehe die Inspektion zu Neuanlegungen übergreift.

Einschlagung von Schlichtungsausschüssen im Saarbergbau. Zwischen den Bergarbeiterorganisationen und der Generaldirektion der französischen Saargruben wurde zur Abschaffung der zahlreichen Beschwerden aus dem Arbeitsverhältnis ein Schlichtungsausschuß vereinbart. Es werden zwei Unterausschüsse gebildet, und zwar auf jeder Inspektion einer, bestehend aus zwei Ingenieuren und drei Ausschußmitgliedern, sowie drei Ersatzeuten. Der Hauptausschuß besteht aus Vertretern der Generaldirektion und den Vertretern der Tariforganisation. Während der Inspektionsausschuß für alle Streit- und Lokalfragen der Inspektion zuständig ist, soll der Hauptausschuß nur grundsätzliche, das ganze Revier betreffende Angelegenheiten sowie auch über die bei der Inspektion nicht erledigten Streitfragen entscheiden.

Keine Bergarbeiterhäuser mehr auf Kosten der Bergwerksverwaltung. Wie verlautet, baut die französische Bergwerksverwaltung im Saargebiet keine Arbeiterhäuser mehr auf eigene Rechnung, erstellt solche vielmehr nur mehr unter Sicherung von Anteilbesitz auf Antrag und auf Rechnung von Bergleuten, die sich in den Besitz eines Hauses setzen wollen. Weiter verlautet bestimmt, daß die Bergverwaltung acht neue Schlafhäuser erbaut.

Vom Bund „Saar-Verein“ und den angeschlossenen Vereinigungen.

Ortsgruppe Mülheim-Ruhr. Der letzte Stammtischabend im November zeigte nicht den sonst üblichen regen Besuch. Unsere traurige Wirtschaftslage mag manchen treuen Saarländer veranlaßt haben, daheim bei der Familie zu bleiben, zumal es jetzt schon heißt, für Weihnachten zu sparen. Aber zu unserm in der Oktoberversammlung beschlossenen Weihnachtsfest müssen alle Mitglieder erscheinen. Das Fest ist als gemütlicher Unterhaltungsabend gedacht, der beim Kerzenschein eines schlichten deutschen Weihnachtsbaumes durch Vorträge und musikalische Darbietungen verschönt werden soll. Leider wird das Fest nicht, wie ursprünglich mitgeteilt, Samstag, den 16. Dezember, sondern Donnerstag, den 14. Dezember, abends 8½ Uhr im Vereinslokale „Salamander“ abgehalten. Wenn auch vielleicht die Verlegung dem einen oder anderen ungelogen kommt, so dürfen doch nur ganz gewichtige Gründe einen „echten“ Saarländer von diesem Abend fernhalten. Es ist Ehrensache, zu erscheinen. Bei dieser Gelegenheit sei daran erinnert, daß unsere regelmäßigen Zusammenkünfte jeden 2. Donnerstag im Monat, abends 8½, im „Salamander“ stattfinden.

Die Ortsgruppe Gladbach des Bundes „Saar-Verein“ hielt am 4. November eine gut besuchte Monatsversammlung ab. Zunächst wurde ein Geschäftsbericht erstattet und dabei auch die Beseitigung der die Vereinstätigkeit hemmenden Mißstände hervorgehoben. Sodann wurde angeregt, für die Versammlungen in Zukunft das Lokal zu wechseln. Wann und wo die nächste Versammlung stattfindet, soll entweder in der vorherigen Versammlung oder im „Saar-Freund“ bekanntgegeben werden. Für die Weihnachtsfeier sind Sonnabend, der 23. Dezember, und als Lokal Dume in Aussicht genommen. Weitere Mitteilung hierüber erfolgt. An den geschäftlichen Teil der Versammlung schloß sich eine gemütliche Unterhaltung, bei der alle Besucher verblieben. Bei der Unterhaltung wechselten Musikvorträge der Herren Huchens und Weigert her, Singen gemeinschaftlicher, im Saarland besonders üblicher Volkslieder und Vorlesung verschiedener Gedichte und Saarlandswitze aus dem Saarländischen. Letztere fanden besonderen Beifall. Der in der Versammlung anwesende Landsmann Heinrich Line, Angestellter bei Berginspektion 5, hatte am selben Tage für 25jährige Dienstzeit beim Bergfiskus eine silberne Taschenuhr mit Widmung als Geschenk erhalten. Der Jubilar wurde von der Versammlung beglückwünscht und gefeiert.

Die Ortsgruppe Mengersdorf des Bundes „Saar-Verein“ veranstaltete ein Wohltätigkeitsfest, mit dem sie lebhaftesten Beifall fand. Die Darbietungen bestanden in Liedern, Chorvorträgen, Konzert und Theater; ein gemütlicher Ball schloß sich an. Eine besondere Überraschung war die Erstaufführung eines Singspiels, „Mein Rheinland“ geheißenen, das von Herrn Oberpostsekretär Schettler verfaßt und in Musik gesetzt war. Das Stück spielt in gegenwärtiger Zeit in einer Ortschaft am linken Rheinufer. Weiße und farbige Franzosen spielen darin die unheilvolle Rolle, die sie zu spielen auch auf dem großen Welttheater verdammt sind. Es wurde flott gespielt und das Stück fand dankbare Aufnahme. Mit Dank sei auch der Vorträge gedacht, die das Doppelquartett des katholischen Gesellenvereins unter Leitung des Herrn Studienreferendars Reuhoff und das gutbesetzte Konzertorchester darboten. Allen, die an der Verschönerung des Festes mitgeholfen haben, ein herzliches Glück auf! — Es sei darauf verwiesen, daß unsere nächste Monatsversammlung am 16. Dezember 1922, abends 8 Uhr, im Lokal Bergbauer (Deutsches Haus) stattfindet. Das Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt erforderlich. — Das vorher erwähnte Singspiel „Mein Rheinland“ wird noch einmal in Bodelschwing und bei den Mengersdorfer Kriegsbeschädigten aufgeführt werden. — Die Ortsgruppe hat zum Ehrenvorsitzenden Herrn Berggrat Baehrl und zu Ehrenmitgliedern folgende Damen und Herren ernannt: Betriebsführer Alvermann, Sanitätsräte Dr. Staubendahl und Dr. Hallermann, Dr. Schneider, Freiherr v. Knipphausen, Pfarrer Biedke, Pfarrer Klein, Pfarrer Hellweg, Rentmeister Biedern, Pastor Kriele, Pastor Stenger, Landwirt Grollmann, Bölkmann, Frau Ummann Pauly, Frau Betriebsinspektor Strätmann, Kaufmann Eminghoff, Rautenberg, Rechnungsführer Teilken, Betriebsführer Budelmann, Postmeister Herbst, Wirt Joseph Siewert, Obergütervorsteher Laurendt, Bahnbeamter Handel, Bergassessor Müller und Betriebsführer Schürmann.

Eine Rheinland- und Saargebietstundgebung in Schwerin i. M., die am 12. und 13. November 1922 stattfand, gab dem ausgiebigen Schritteiter der Saarbrücker „Volksstimme“ Kurt Lehmann Gelegenheit, über die — nach der vorläufigen Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens — wichtigste deutsche

Grenzlandfrage, die Saargebietsfrage, zu sprechen. Der Redner ging von der Unhaltbarkeit des Versailler Vertrages, der „Spottgeburt aus Dreck und Feuer“, wie er ihn nannte, aus, der nur durch eine Lüge den Schimmer der Berechtigung erhalten hatte: durch die Lüge von der Allerschuld Deutschlands am Weltkriege. Diese Lüge sei durch die Öffnung der deutschen und der russischen Archive aber zu Fall gebracht; nichts sei deshalb berechtigter als das Verlangen, den sogenannten „Friedensvertrag“ zu revidieren. Die schändlichste Vergewaltigung des Versailler Diktats — und das ist an Vergewaltigungen gewiß nicht arm! — sei die Abtrennung des deutschen Saargebiets vom deutschen Mutterlande, die wiederum nur durch eine Lüge begründet werden konnte: durch die Lüge Clemenceaus von 150 000 im Saargebiet ansässigen Franzosen, die um die „Wiedervereinigung mit ihrem Mutterlande Frankreich“ gebeten hätten; bei Abschluß des Versailler Vertrags seien noch nicht einmal 150 Franzosen im Saargebiet wohnhaft gewesen! Oft von Beifall unterbrochen, schilderte der Redner dann in kurzen Strichen die wirtschaftliche und politische Entrechtung der Deutschen an der Saar unter der Völkerbunds-Regierungskommission; besonders verbreitete er sich über die unwürdige Rolle, die der Landesrat als angebliche Volksvertretung zu spielen gezwungen ist, über die verhängnisvollen Wirkungen der Doppelwährung und über den Französling Dr. Hector, in dessen „Minister“herrlichkeit die Erniedrigung des Saardeutschtums treffend symbolisiert werde. Nachdem er noch Ziele und Aufgaben des Bundes „Saar-Verein“ erläutert und um Unterstützung für dessen Sache geworben hatte, schloß er mit der Versicherung, daß das Saargebiet, wie es stets deutsch war, auch stets deutsch bleiben wolle. Treue aber um Treue! Einzustehen für das Saargebiet sei aller Deutschen Pflicht! — Dem Redner, vor dem Herr Regierungsrat Bachem aus Bonn schon über die Worte des besetzten Rheinlandes gesprochen hatte, dankte lebhafter Beifall. Die Kundgebung, die durch Militärmusik und Rheinliedervorträge würdig umrahmt war, erbrachte bei einer Tellerammlung zugunsten des „Rheinlandbunds“ 11 700 Mark. Ein schöner Erfolg, der zur Nachfeier bei unseren Veranstaltungen reizen sollte! Erwahnung verdient auch die Anteilnahme, die die mecklenburgische Regierung und alle anderen maßgebenden Behörden der Kundgebung entgegenbrachten. Ministerpräsident Stelling, der kluge und warmherzige Worte über die Not unserer unter der Fremdherrschaft leidenden Brüder und Schwestern in den besetzten Gebieten sprach, sei manchen Staatsmännern in deutschen Ländern als Vorbild in Empfehlung gebracht!

Eine große Rheinland- und Saargebietstundgebung in Cottbus fand am Sonntag, 19. November, statt. Mit dem Vortrag von Hans Sachs' Schlußgefang aus Richard Wagners „Meistersinger“ wurde die Veranstaltung würdig und weise eingeleitet. Dann sangen Eisenbahn-Sänger, prächtig geschult und umsichtig geführt, alte vertraute Lieder zum Preise des deutschen Rheins. Und nach einer kurzen Begrüßungsansprache des Vorsitzenden, die den herzlichsten Dank an alle, die erschienen, und besonders alle, die so lang in dem Dienst der heiligen Sache gestellt, zum Ausdruck brachte, betrat Prof. Dr. Heinrich Stecher aus Köln die Bühne, um in eingehender Rede die Rheinlandsfrage zu behandeln. Er schilderte in berebten Worten die Leiden unserer Brüder am Rhein, die planmäßige Franzöisierung der deutschen Wirtschaft und die Kulturpropaganda. Im Auftrage und als Vertreter des Bundes und der Geschäftsstelle Saar-Verein-Berlin sprach Karl Ollmert-Berlin. Wenn vom Rheinland die Rede ist, so führte er aus, so muß vor allen Dingen des Saargebiets gedacht werden. Es ist ungeheuer bedauerlich, daß in weiten Kreisen unseres Volkes gerade über das Saargebiet noch eine kaum glaubliche Unkenntnis herrscht. Man weiß vielfach nicht einmal, wo das Saargebiet überhaupt liegt und rechnet Saarbrücken wohl gar zu Lothringen. Das Saargebiet ist deutsch, rein deutsch, deutscher, als man es in Berlin und im übrigen Deutschland nur sein kann. Das Saargebiet ist als Südwestorden Preußens das Bollwerk des Deutschtums. Die Jahre des Weltkrieges haben das herrlich und deutlich bestätigt. Als die Saarländer in den Krieg zogen, da konnten sie es tun in dem Bewußtsein: Hinter uns steht eine kerndeutsche Bevölkerung, die nichts anderes will, als daß wir aushalten bis zum Neuesten. Und die Saarländer haben aushalten, trotz der unsäglichen Leiden, denen gerade sie allen anderen deutschen Brüdern voran während der Kriegszeit ausgelegt waren. Was der Saarländer heute leiden muß, ist unausdenklich und nicht nur unausdenklich, sondern auch unaussprechlich. Jeder Schritt, den man heute noch macht und jeder Handschlag stehen unter Kontrolle und geschehen unter der demütigenden Furcht vor den Spikeln der Franzosen. Das macht wütend, aber es fäet auch Haß, ungeheuren Haß. Das Gerüde, die Saarländer seien gleichgültig geworden dem Deutschtum gegenüber, ist eine gemeine Lüge. Das Gegenteil ist der Fall. Der Redner erzählt, daß er selbst aus dem Saarland ausgewiesen wurde, weil er auf seine deutsche Gesinnung

nicht verzichten wollte und verlangte, daß man mit Deutschen in deutscher Sprache verhandelte. Wäre ganz Deutschland einmal von den französischen Horden befreit worden, so muß der Redner fort, würden wir diese Landplage wahrscheinlich schon längst los sein. Aber das übrige vom Feinde unbefreite Deutschland weiß ja nicht, wie es dort zugeht, wo die Franzosen haufen, in den besten unserer Provinzen. Und wenn ein Volk so lebt wie das deutsche Volk heute, so beweist es damit, daß es noch nicht reif zur Besserung ist. Die Opferwilligkeit fehlt. Wie lange noch, heißt die Frage, wie lange noch wollen wir zusehen den unfähigen Drangsalierungen gegen das Deutschum im besetzten Gebiet und dem Schwindel der Reparationen. Auch bei den Wahlen sollten wir uns alle diese Fragen vorlegen. Wenn wir — damit schloß der Redner — heute aus der Versammlung gehen mit dem festen Willen, das Rheinland und das Saargebiet mit allen Mitteln zu unterstützen, um es aus den Klauen eines rachsüchtigen Feindes zu befreien, so wird der heutige Tag erfolgreich gewesen sein.

Nochmalige Gefänge beschlossen die eindruckstarke Rundgebung.

Die Castroper Gruppe unseres Bundes versammelte ihre Mitglieder zu einem 2. unterhaltungsabend, der einen schönen Verlauf nahm. Der zweite Bundesvorsitzende, Herr Schneider aus Herne, sprach über die Note der Grenzlanddeutschen, besonders derer an der Saar. Seine Worte lösten ehrliche Zustimmung aus. Konzert, Vorträge usw. gaben ihnen einen würdigen Rahmen. So wie der Besuch gut war, war es auch der erzielte Reinertrag, der wohlthätigen Zwecken zugeführt werden soll. Es ist beabsichtigt, zu Weihnachten einigen Kriegerwaisen aus dem Saargebiet eine Bescherung zu bereiten. Herrn Schneider und dem Theaterverein „Coelweiß“, die sich um das Gelingen des Abends besonders verdient gemacht haben, sei auch an dieser Stelle herzlich Dank gesagt. — Am 19. November hielt die Ortsgruppe eine Versammlung ab, in der beschlossen wurde, 3000 Mark, die die Unterhaltungsabende erbracht haben, an drei Kriegerfamilien in Böllingen zu verteilen, wenn es auch nicht viel ist, was gegeben werden kann, so soll man in der Heimat doch wissen, daß auch in der Ferne ihrer gedacht wird. — Die Vereinsversammlungen sollen nunmehr an jedem ersten Sonntag im Monat stattfinden. Ein Vereinsgruß — „Saarfreund“ heißt er — wurde eingeführt; derjenige, der ihn nicht anwendet, wird jedesmal mit 5 Mark in Strafe genommen. Weiterhin wurde eine Weihnachtsbescherung in Aussicht genommen, die beim Birte Mönch in Castrop-Schwerin erfolgen und an der alle Kinder der Mitglieder teilnehmen sollen. Zur Kostendeckung hat jedes Mitglied 100 Mark beizusteuern. — Die Mitglieder seien besonders gebeten, stets pünktlich und vollzählig zu allen Veranstaltungen der Ortsgruppen zu erscheinen.

Bund Saar-Verein, Ortsgruppe Frankfurt a. M. Der Vaterländischen Morgenfeier vom 22. Oktober d. Js. im Saalbau, die finanziell in Anbetracht der derzeitigen außerordentlichen Kosten solcher Veranstaltungen mit einem großen Minus abschloß, konnte unser Verein dank der tatkräftigen Mithilfe des 2. Vorsitzenden, Herrn Landgraf, ein Wohltätigkeits-Konzert folgen lassen, zu dem der Besitzer des „Café Corso“ in Frankfurt, Herr Dreß Labriola, seine Räumlichkeiten in liebenswürdiger Weise zur Verfügung gestellt und sich um den erfolgreichen Verlauf dieser Veranstaltung aufs eifrigste bemüht hat. Nicht nur, daß er am Mittwochabend (15. November) ein wesentlich verstärktes Orchester herangezogen hatte, auch ein Doppel-Männer-Quartett, ein Solist für Lieder und der Sohn des 2. Vorsitzenden als Violinist bemühten sich aufs Beste, der Veranstaltung zu einem glänzenden Verlaufe zu verhelfen. Der Besuch war außerordentlich stark, viele zurzeit in Frankfurt vorübergehend weilende Saar-Deutsche waren anwesend und die allgemeine Stimmung denkbar gut. Dieser entsprach auch der finanzielle Erfolg, mittels dessen nicht nur die Unterbilanz aus der besagten Morgenfeier, sondern auch ein erheblicher Betrag für gute Zwecke zur Verfügung gestellt werden konnte, dessen Verwendung im Sinne der edlen Geber für verschämte arme Saarländer in die Wege geleitet ist. Jedenfalls übertraf das Ergebnis jedes Erwarten. Es ist daher selbstverständliche Pflicht, Herrn Labriola als treuen Mithelfer und Förderer unserer Bestrebungen auch an dieser Stelle den aufrichtigen Dank unseres Vereins zum Ausdruck zu bringen. Möchte er uns auch weiter dazu verhelfen, der lieben Saar-Heimat unsere anhängliche Treue beweisen zu können.

„Deutsch bleibt die Saar — immerdar!“ war das Motto für einen Wohltätigkeitsabend, den die Ortsgruppe Karlsruhe im Bunde Saar-Verein am 12. November 1922 im großen Saale der städtischen Festhalle zu Karlsruhe veranstaltete. Nach Darbietungen der „Harmonie“-Kapelle, des Männerchors vom Karlsruher „Liederfranz“, der Sopranistin Frä. Rosel Land-

wehr vom badischen Landestheater und des Karlsruher Turnvereins von 1846 hieß der erste Vorsitzende des Vereins, Herr Desterle, die zahlreich Erschienenen herzlich willkommen. In seiner Rede sagte er u. a.: Die Ortsgruppe Karlsruhe wurde im vergangenen Jahre ins Leben gerufen. Unser vornehmstes Ziel, das wir mit allem Nachdruck verfolgen und hochhalten, ist die Deutscherhaltung des Saargebiets, das heute leider unter der Herrschaft Frankreichs steht. Wohl hat es eine Regierung, die sich aus Vertretern verschiedener Nationen zusammensetzt; aber man darf laut aussprechen, daß Frankreich regiert. Es werden von dieser Saargebietsregierung auch nicht immer die vornehmsten und schonsten Mittel angewandt, um sich dieses reiche Industrie-land anzueignen. Statt das Land zu treuen Händen zu verwalten, wird dort eine Politik getrieben, die alle Gerechtigkeit zum Hohne macht. Aber dennoch soll es Frankreich nicht gelingen, uns das Saargebiet zu entreißen. Alle Versuche Frankreichs scheitern an der geradezu prächtigen Haltung der dortigen Bevölkerung. Denn unsere Brüder und Schwestern an der Saar waren, sind und bleiben deutsch. Ich darf vielleicht hier nur kurz erinnern an den Pfälzisch-Allemannischen Sonntag, an dem auch die Saarländer herbeigeeilt sind, um hier gleichsam ihrem angestammten Vaterland zu huldigen. So wird es auch in Zukunft sein! Auch an dieser Stelle wollen wir deshalb unserer Brüder und Schwestern an der Saar gedenken, die uns in so vorbildlicher Weise die Treue halten. Wir wollen immer und immer wieder hinausrufen, daß wir mit Liebe und Anhänglichkeit um das Deutschum unserer Heimat kämpfen. Darum der Saarheimat unsern Gruß, und es wird sich stets das Wort bewahrheiten: „Deutsch die Saar, immerdar!“ Darauf nahm der Leiter der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Herr Verwaltungsdirektor Vogel-Berlin, das Wort zu seinem Vortrag: „Das deutsche Saargebiet unter der französischen Fremdherrschaft“. Er führt die Ursachen allen Unglücks auf den Vernichtungsfrieden von Versailles zurück, der mit der Kriegsschuldfrage stehe und falle. Der Kampf gegen diese Lüge müsse mit vereinten Kräften aufgenommen und durchgeführt werden. Darum fort mit dem Parteihader! Einigkeit tut not! Ohne nationales Empfinden werden wir unseren Brüdern und Schwestern in den abgetrennten und besetzten Gebieten nicht helfen können. Ohne nationales Empfinden wird auch die deutsche Republik nicht bestehen. (Lebhafte Zustimmung.) Der Redner beleuchtete dann die unerträglichen Verhältnisse im Saargebiet infolge der von ihm näher erörterten Bestimmungen des Versailler Vertrages. Er zog die französische Politik ins wahre Licht, die darauf hinauslaufe, das Saarland wirtschaftlich und politisch den Franzosen in die Hand zu spielen. Trotz aller Bedrückungen habe die Saarbevölkerung im Verlaufe der Zeit glänzende Beweise ihrer Vaterlandsliebe gegeben, und dies ohne Unterschied der Partei — ein erhebendes Beispiel für das übrige Deutschland. Der Redner schloß mit einer eindringlichen Mahnung zur Einigkeit. Auch ihm wurde starker Beifall zuteil. In der Programmrede gab Fräulein Rosel Landwehr nochmals eine Probe ihrer Kunst. Allerliebst nahmen sich Menuett und Singereigen der Turnerinnen vom K. T. V. 1846 aus. Nach weiteren Gefängen des „Liederfranz“ fand das junge Blut Gelegenheit, noch einige Zeit der Tanzlust zu huldigen.

Saarlandsgruß.

Aus tausend Wunden schmerzlich blutend,
Erdrosselt durch des Siegers Hand,
Liegst du am Boden, Hilfe suchend,
Deutschland, geliebtes Vaterland.

Getrennt in aller Todespein,
Von deinem Volke an der Saar.
Das stets in treuer Lieb vereint,
In dir des Lebens Führer sah.

O steige auf zu neuem Leben,
Nicht zum Himmel deinen Blick,
Er, der schon vieles dir gegeben,
Führt uns auch einst zu dir zurück.

Noch ist die Stunde nicht gekommen,
In der wir wie auf lichten Höh'n,
Aller Macht und List entronnen,
Vereint für immer vor dir stehn.

Empfang zum Trost aus unserm Munde,
Ein Wort das heilig bleibt und wahr:
Dir bleiben treu zu jeder Stunde,
Deine Kinder an der Saar.

Tholen.

Alons Bades.

Badische Bank • Karlsruhe

Telefon 182-183 Friedrichsplatz 12 Telefon 182-183
Telegramm-Adresse: „Badenbank“

Ankauf der vom Reiche als Ersatz
für Auslandsschäden gegebenen

Reichsschatzwechsel

zu kulantem Bedingungen.

Bei Anstellung genaue Bezeichnung der Stücke und
Fälligkeiten erforderlich.

Beamter

(Saardeutscher) sucht billiges möbliertes Zimmer
im Südwesten Berlins.

Angebote unter R. Ch. postlagernd Postamt 29.

Brennlich-Süddeutsche 247. Klassenlotterie.

Die beste Staatslotterie. Zeitgemäße Geldgewinne.

Im günst. Fall auf 1 Doppellos: 25 Millionen Mark.

Ziehung 1. Klasse: 9. und 10. Januar 1923.

Lospreise für die 1. Klasse

$\frac{1}{8}$	$\frac{1}{4}$	$\frac{1}{2}$	$\frac{1}{1}$
75.00	150.00	300.00	600.00
für alle Klassen gegen amtlichen Gewährchein			
375.00	750.00	1500.00	3000.00
(Porto besonders)			

Frankfurt a. M.
Kaiserstr. 91

Otto Ludwig

Postfach 1111/12, 60070

Staatl. Lotterie-Einnahme.

Ausschneiden!

Wer an Asthma, Husten, Brustschmerzen, Rheumatismus, Rücken-
schmerzen, Unterleibsleiden, Gicht, Sodbrennen, Krämpfe, offenen
Reißen, Gallenleiden, Regelschmerz und Augenschmerzen leidet,
wende sich vertrauensvoll an mein

Elektro-Homöopathisches Naturheil-Institut

Frankfurt-Badenheim, Leipziger Str. 96, Ecke Marburger
Straße 1. Behandlung aller inneren und äußeren Krank-
heiten, wenn auch noch so alt. Viele Dankschreiben von
nah und fern liegen jedem Besucher zur Einsicht offen.
Sprechstunden täglich von 8-12 vormittag, 2-6 nachmittag.
Sonntags nur 8-12 Uhr vormittags.

Augendiagnose.

Direktor Dr. Guthörl.

Der Saarkalender für 1923

Ist ein Seden- und Nachschlagebuch für alle Saardeutschen.
Er enthält ernste und heitere Schilderungen der wirtschaftlichen
und politischen Lage im Saargebiet, ausführliche geschichtliche
Darstellungen und Zeitafeln, saarländische Anekdoten, Witze
usw. und bekommt durch Beiträge von Paul Keller, Walter
Bloem, Liesbeth Dill u. a. eine hochwertige literarische Note.

Ein Handbuch von dauerndem Wert
für Kinder und Kindeskinde.

Der Preis dieses ausgezeichneten Werkes beträgt ausschließ-
lich Feuerungszuschlag 150.— Mark.

*

Saarbrücker Kriegschronik

von A. Ruppertsberg mit Bildern von Karl Köhling.

Die großen Tage Saarbrückens und St. Johannis im Jahre 1870 sind
hier in anregender, erzählender Weise wiedergegeben. Wer die
Feiern des 6. August noch nicht vergessen hat, wird an diesem Buche,
das in festem Leinenband nur 50 M. kostet, seine Freude haben.

Die beiden Werke sind durch Vermittlung der Geschäftsstelle
des Bundes „Saar-Verein“, Berlin SW. 11, Königgräßer
Straße 94, zu beziehen.

Saarheimat-Bilder aus Stadt und Umgebung

Blattpreis M. 400-500

Leinen-Mappe mit 12 Blatt M. 5000

*

Saarheimat-Kunstblätter

in Groß-Formaten, Blattpreis M. 1200

*

Saarheimat-Kalender

als Wandschmuck mit Bild und Bild M. 150

*

Alt-Saarbrücken seit Merian 1624

Faksimile-Reproduktionen alter Städte

Blattpreis von M. 300 ab

Auswahlsendungen in umgehender Erledigung und
Portoanrechnung bei Entnahme von M. 2000 ab

Aug. Rupp, Berlin SW. 68
postlagernd

Für die Schriftleitung verantwortlich: J. D. D. Jaensch, Charlottenburg.

Verlag: Geschäftsstelle „Saar-Verein“ Berlin SW. 11, Königgräßer Straße 94; Druck: Deutscher Schriftverlag G. m. b. H., Berlin SW. 11.